

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Wochenspiegel 10 Pf. Postgebühren: 1,10 RM. pro Monat. Einzelgebühren in die Post: 2,10 RM. pro Monat für Deutschland und Österreich, 3,00 RM. pro Monat für das übrige Ausland. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufsausweis-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt geordnete, 30 Pf. (zuzüglich 2 Pf. für jede Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Gesellschafter-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Warte über 10 Zeilen haben Abzug für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 9. Oktober 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kriegsbeginn! Der Bankrott der Diplomatie!

London, 8. Oktober. Das Reutersche Bureau erhält aus Cetinje die Nachricht, der montenegrinische Geschäftsträger habe heute vormittag in Konstantinopel die Kriegserklärung überreicht.

Cetinje, 8. Oktober. (Meldung des Wiener S. S. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Der montenegrinische Geschäftsträger Plamenac verläßt heute Konstantinopel. Dem hiesigen ottomanischen Geschäftsträger wurden die Pässe zugestellt.

Konstantinopel, 8. Oktober. Auf Befehl seiner Regierung hat der montenegrinische Geschäftsträger die Beziehungen zur Pforte abgebrochen. Er reist zu Schiff über Konstanta ab. Das Schiff der Gesandtschaft ist entfernt worden.

Das ist der Krieg! Montenegro hat die Geduld verloren und die Fackel ins Pulverfaß geschleudert. Der kleinste der Balkanstaaten hat seinen Ehrgeiz befriedigt und der König Nikita darf sich rühmen, in all seiner Erbarmlichkeit das Werkzeug der Geschichte einen Moment lang gewesen zu sein.

Denn die Entfaltung des Balkanbrandes bedeutet den Beginn einer Periode von Unruhe und Gewalt für ganz Europa, einer Periode voll von Perspektiven riesengreifender historischer und sozialer Umwälzungen. Der 8. Oktober bedeutet vielleicht einen der wichtigsten Tage der Geschichte, die von da an im Sturmschritt dahineilen wird, und so lächerlich klein unserm an ganz andere Größenverhältnisse gewöhnten Auge der barbarische Zwergstaat dort unten im verlorensten Winkel Europas erscheinen mag, es ist der Stiefel, der die Lawine ins Rollen gebracht hat.

Oder glaubt noch jemand, daß das Verderben in seinem Laufe noch aufgehalten wird?

Seit Jahren haben wir dies Veranschaulichen der Kriegshölle vorausgesehen und seit 1908, wo ein an sich so unbedeutender Akt, wie die Verwandlung der bosnischen Okkupation in eine Besitzergreifung, den Gegensatz zwischen Rußland und Oesterreich vor allen Augen enthüllt hat und dieser Gegensatz ganz Europa in das feindliche Lager von Dreiverband und Dreibund zerspalten hatte, seitdem konnte man gewiß sein, daß der Kriegsausbruch dort unten nur eine Frage der Zeit sein würde. Und als vor einem Jahre Italien das Verbrechen des Tripoltrügels beging, erklärten wir sofort, daß damit die ganze Orientfrage aufgerollt sei.

Immer wieder haben die kapitalistischen Regierungen ihre Völker zu täuschen gesucht, ist der Mund der Minister von Friedensbetuerungen überstossen, haben die Diplomaten ihre unermüdliche Friedensarbeit gelobt. Jetzt ist der Bankrott offensichtlich und während noch am Morgen alle Zettungen die Einigkeit Europas und das wunderbare Werk der Diplomaten priesen, antwortet am Abend das höllische Gelächter der Kriegshölle.

Aber die Unversöhnlichkeit der Diplomatie ist ohne Grenzen. Eben hat sie uns versichert, daß sie einig sei und den Frieden erhalten werde. Hatte sie nicht eine rettende Formel gefunden und gibt es für die Diplomaten etwas Höheres als die Formel? Aber diese Formel hatte keinen Inhalt und während Rußland und Oesterreich ihre gemeinsamen Vorstellungen in den Hauptstädten der Balkanstaaten den höflich lauschenden Ministern aufstakten, hatte der unter Rußlands Protektorat gestiftete Balkanbund die Kriegserklärung bereits fertig. Und während England und Frankreich noch über die wichtige Frage verhandelten, ob der Schritt der Mächte in Konstantinopel von allen Vorkämpfern zugleich oder von jedem nach einander abgegeben werden sollte, ließ der montenegrinische Geschäftsträger bereits das Wappen von seinem Hause abnehmen und verlangte die Pässe für seine Abreise. Das hindert aber die Herren Diplomaten nicht, uns heute zu erklären, daß der Krieg bald beendet und sicher auf den Balkan beschränkt bleiben würde. Denn Europa ist einig. In Wirklichkeit aber ist Europa ein starrendes Waffenlager, und jede nationale Kapitalistenklasse ist bereit, über die andere herzufallen, wenn nur der Kampfpreis lohnt. Wäre Europa einig, wäre nicht der deutsch-englische Gegensatz und seine Wirkung auf die anderen Staaten, dann hätten die Zwergmächte des Balkans nie wagen dürfen, zum Schwert zu greifen. Weil dem aber so ist, deshalb ist es auch eine eitle Hoffnung, daß die Regierungen das weit größere und schwierigeren Werk der Lokalisierung des Brandes herbeiführen könnten, nachdem sie das weit leichtere seiner Entstehung nicht zu vollbringen vermochten.

Der Kampf um Konstantinopel, den dieser Krieg eröffnet, bedeutet vor allem für Rußland die stärkste Aufforderung,

sein altes und wichtigstes Ziel, das es nie aus den Augen verloren hat, aufs Neue aufzunehmen und die Herrschaft über die Dardanellen zu erringen. Er bedeutet für Oesterreich die Gelegenheit, den Versuch zu machen, seinen imperialistischen Traum der Eroberung von Saloniki zu verwirklichen. Als Nachbar von Serbien, im Besitz von Bosnien und Herzegovina, ist Oesterreich ja selbst ein Balkanstaat, deren Machtinteressen von jeder Aenderung unmittelbar berührt werden. Aber jedes Vordringen Oesterreichs stößt auf den Widerstand Rußlands und erzeugt den Gegenstoß Italiens, das nach der albanischen Küste strebt. In Rußland herrscht der Absolutismus und ein Krieg um des Balkans willen findet zugleich die stärkste Unterstützung in der nationalistischen Strömung. Auch über die österreichische auswärtige Politik vermag die Volkskontrolle wenig und Italien wird jetzt von allen Fiebern des Chauvinismus geschüttelt. Und da sollen wir den Diplomaten glauben, ihr sanftes Zureden werde den Krieg lokalisieren?

Der Schuß des Friedens liegt heute nicht bei den Regierungen, nicht bei der bankrott gewordenen Diplomatie. Er liegt einzig und allein beim internationalen Proletariat. In seine Hand ist die Bewahrung des Weltfriedens gegeben. Von der Stärke und dem Umfang seiner Aktionen wird es abhängen, ob der Krieg, der jetzt im Osten Europas geführt wird, auf den Westen übergreift. Die deutsche Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, ihre Söhne auf den Schlachtfeldern verbluten zu lassen, weil die Regierungen unfähig geworden sind, die kapitalistischen Gegensätze der Staaten anders als mit Gewalt auszutragen. Der Krieg um das Erbe der Türkei ist nicht die Knochen eines einzigen vommerschen Grenadiers wert. Und was immer seine Folgen sein mögen, wir fordern von der deutschen Regierung eine Politik der Nichteinmischung, der striktesten Neutralität und der Wahrung des Friedens.

Wir werden diesen Kampf für den Frieden im Bunde mit unseren österreichischen, französischen, englischen Brüdern mit aller Kraft führen. Ob wir das Ziel erreichen, steht dahin, aber wir werden dann frei von Verantwortung sein. Und wenn wirklich die europäischen Regierungen die Völker in den kriegerischen Strudel hinabstoßen, dann ist es nicht nur der Kampf um das Erbe der Türkei, der am 8. Oktober 1912 begonnen hat!

Die Kriegserklärung.

Konstantinopel, 8. Oktober. Gegen mittag überreichte der montenegrinische Geschäftsträger Plamenac auf der Pforte eine Note, in der erklärt wird: Da die Türkei die Wünsche Montenegros, die Streitfragen zu schließen, nicht erfüllen wollte, sieht sich Montenegro gezwungen, sich mit den Waffen Gerechtigkeit zu verschaffen. Die Pässe werden nach heute dem türkischen Gesandten in Cetinje zugestellt werden.

Der montenegrinische Geschäftsträger ist bereits abgereist. Der Schuß der Montenegriner in der Türkei ist Rußland anvertraut worden.

Der Eindruck in London.

London, 8. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Montenegros Kriegserklärung kam bei der herrschenden pessimistischen Stimmung kaum als Ueberraschung. Auf der Börse machte die Nachricht wenig Eindruck. Der Sekretär der türkischen Gesandtschaft erklärte einem Berichterstatter, daß dies ein Funke sei, der den ganzen Balkan in Brand stecken werde. Dagegen meint Oberst Mark Sykes, früherer Attaché an der Gesandtschaft in Konstantinopel, daß Montenegro möglicherweise von den Balkanstaaten als Versuchskarnidel vorgeschickt sei, um zu sehen, ob eine europäische Intervention erfolge. Vielleicht handele es sich auch nur um einen volkstümlichen Ausbruch, der leicht zurückgedämmt werden könne.

Das Regierungsblatt „Westminster Gazette“ schreibt, es kann sein, daß es keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation gibt als eine gewisse Summe Kampf. Aber wenn dem so ist, wird es mehr denn je notwendig sein, daß die Mächte zusammenhalten und in Bezug auf einen ordentlichen Friedensschluß einmütig sind. Es heißt dann weiter, daß die schlimmsten Gefahren vermieden würden, wenn Oesterreich und Rußland einmütig blieben. Das zu bewerkstelligen müsse eine Hauptaufgabe der englischen Diplomatie sein. Die schlimmste Gefahr drohe von einer Erregung in Rußland, die durch Niederlagen der Balkanstaaten hervorgerufen werden könnte.

Aus einer Erklärung des Staatssekretärs für Indien im Oberhaus geht hervor, daß es bereits zu einem Gescheh an der montenegrinischen Grenze gekommen ist.

Die Auffassung in Paris.

Paris, 8. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein in dem „Journal des Debats“ veröffentlichter, vor der Kriegsmeldung verfaßter Artikel sagt, die Türkei, die ein Kontrollrecht den Großmächten wirklich nicht geben will, müsse dies auch den Kleinmächten verweigern. Gabe es wirklich ein europäisches Konzert, dann könnten die Mächte von der Pforte die Ausübung einer eigenen Kontrolle fordern und den Balkanstaaten die Annahme dieser Satisfaktion auferlegen. Aber ein Einvernehmen, um auf alle Streitteile die nötige PreSSION auszuüben, besteht leider nicht. Gewisse Mächte wissen schon von der Unsichtlosigkeit der diplomatischen Schritte und sind nicht böse darüber.

Jaurès bezweifelt gleichfalls die Ehrlichkeit des Einvernehmens. Er schreibt, wenn Bulgarien trotz der angebotenen Bürgschaften in seiner Kriegspolitik fortfährt, so sei dies ein Beweis heimlicher Ermutigung von russischer Seite. Jaurès wiederholt seine Forderung, die Einberufung des Internationalen Kongresses zu beschleunigen.

Bulgarien hat neuerlich bei einer hiesigen Großbank versucht, 5 Millionen Franc aufzunehmen. Die Anleihe wurde aber abgewiesen. Die Meldungen über eine vergebliche Geldsuche Bulgariens in Paris stammen von Poincaré selbst, der dies Journalisten unter der Hinzufügung, daß die Regierung dagegen eingeschritten sei, erzählte und die Veröffentlichung nahelegte. Die Kriegserklärung kam hier überraschend, da man bis zuletzt an die Möglichkeit eines Erfolges Poincarés glaubte. Jetzt ist man auch hier überzeugt, daß Bulgarien und Serbien ungesäumt zum Angriff schreiten werden. Die Börse war sehr schwach und französische Rente erreichte ihren tiefsten Stand seit 1895.

Die Haltung Bulgariens.

Paris, 8. Oktober. (Meldung der Pres-Conférence.) Der „Temps“ meldet aus Sofia: Die Situation hat sich trotz der Intervention der Mächte nicht gebessert, zumal Bulgarien in seinen weiteren Aufschub einwilligen will, da sich dadurch die militärische Situation bedeutend verschlechtern würde. Die Konzentration der Truppen ist ziemlich vollendet. Es wird angenommen, daß heute oder morgen bereits gewisse wichtige Punkte an der türkischen Grenze bei Karamanli und Kiel Kilisso besetzt werden dürften. Seitens der bulgarischen Seeresleitung sind alle Vorsichtsmahregeln getroffen worden, da man bei den beabsichtigten Belegungen Zusammenstöße mit den türkischen Truppen erwartet.

Die Solidarität der Balkanmächte.

Sofia, 8. Oktober. Ein von der Sobranje an die Parlamente von Belgrad, Athen und Cetinje gerichtete Telegramm spricht die Hoffnung aus, daß die christlichen Balkanstaaten unlösbar vereint in gemeinsamem Kampf gegen die Anarchie und die Tyrannei, worunter ihre Stammesgenossen in der Türkei zu leiden hätten, der Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zum Siege verhelfen werden.

Serbische Kriegsstimmung.

Belgrad, 8. Oktober. Die von der Pforte gemachten Versprechungen wegen Einführung von Reformen bleiben hier vollständig eindrucklos, da man den Versprechungen keine ernste Bedeutung beilegt. Die Zeitungen bringen fortgesetzt recht kriegerische Artikel und verlangen, daß Serbien sofort seine Operationen gegen die Türkei aufnehmen. Fortgesetzt treffen zahlreiche Freiwillige ein, so daß zurzeit 80 000 Soldaten mehr eingerückt sind, als einberufen wurden. Für übermorgen erwartet man hier eine Abteilung des russischen Roten Kreuzes. Auch eine Legation italienischer Freiwilliger ist auf dem Wege hierher. Hier verlautet, daß es angeblich schon bei Berane zu Kämpfen zwischen serbischen Bauern und türkischen Truppen gekommen sein soll. Die Kriegserklärung wird für morgen erwartet.

Kriegsaqitation in der Türkei.

Konstantinopel, 8. Oktober. Gestern nachmittag fand eine Studentenversammlung statt, die angeblich vom jung-türkischen Komitee organisiert worden ist, um der Regierung Verlangenheiten zu stellen. Der Leiter der Versammlung war ein Mitarbeiter des „Tanin“. Die Studenten, höchst erregt, verlangten für mich den Krieg, verhöhnten Griechen und Bulgaren und schrien: Nieder mit dem Artikel 231! Gegen 2 1/2 Uhr erschienen zuerst 200 Republikaner, die mit dem Publikum bald eine Masse von über 1000 Köpfen bildeten, vor der Pforte, während der Ministertrat tagte, besahen die Tore zum Hof und veranfaßelten lärmende Kundgebungen, bis die Tore der Pforte gesperrt wurden. Das Kriegsministerium schickte eine Kompanie Soldaten ab, die vergebens in die Pforte hineingelangen versuchten. Die Studenten begrüßten die Truppen mit einem Hoch

auf die Armee, und hielten die Pferde der Offiziere an. Erst einer zweiten Kompanie gelang es, in die Pforte hineinzukommen. Schließlich nahen der Großwesir und der Marineminister unter den Manifestanten erschienen. Sie hielten Reden, in denen sie betonten, die Regierung tue ihre Pflicht und verbünde sich ihre Vorbereitungen. Die Studenten entfernten sich schließlich unter lärmenden Kundgebungen.

Kundgebungen in Montenegro.

Cetinje, 8. Oktober. (Meldung des Wiener I. k. Telegraphen-Bureau.) Gestern Abend kam es wieder zu großen Kundgebungen für den Krieg. Die Manifestanten bereiteten dem König und dem Kronprinzen begeisterte Ovationen und begaben sich dann vor die Gesandtschaften Serbiens, Bulgariens und Russlands, wo sie den betreffenden Staaten ihre Sympathie zum Ausdruck brachten. Aus dem Auslande melden sich viele Freiwillige. Ein Freiwilligenkorps wurde bereits gebildet. Heute Vormittag defilierten vor dem König die zur Grenze abgehenden Truppen der Infanteriebrigade. Der König begrüßte die Soldaten vom Pferde herab. Eine ungeheure Menschenmenge jubelte den vorbeiziehenden Truppen zu.

Die Albaner.

Saloniki, 8. Oktober. Acht der hervorragendsten Vorkämpfer Albaniens, wie Vairam Zur, Issa Woljetimaz und Riza Ven, haben sich bereit erklärt, sich mit allen Anstrengungen an der Verteidigung des Vaterlandes zu beteiligen. Sie warten nur auf einen Wink, gegen den Feind zu ziehen. Auch in Monastir, Ochrida, Janina und Koprulki haben große Kundgebungen in diesem Sinne stattgefunden.

Belagerungszustand in Mazedonien.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) In Mazedonien ist der Belagerungszustand proklamiert worden.

Jungtürken und Regierung.

Saloniki, 8. Oktober. Das jungtürkische Hauptkomitee hat an alle Niederlassungen in der Provinz ein Rundschreiben erlassen, worin diese aufgefordert werden, im gegenwärtigen kritischen Augenblick alle Streitigkeiten beiseite zu lassen, sich zu einigen und der Regierung die Hand zu reichen, damit die Nation in ihrer gefährlichen Lage einig und kräftig sei.

Zu spät!

Sofia, 8. Oktober. Die Gesandten von Oesterreich-Ungarn und Russland haben heute mittag gemeinsam im Namen der Mächte den verabredeten Schritt unternommen.

Die Reformen im Prüfungsstadium.

Konstantinopel, 8. Oktober. Der Beschluß, das Gesetz von 1880 in Anwendung zu bringen, hat bei der Partei der Entente Libérale und der Verfassungspartei einen guten Eindruck hervorgerufen; nur die Komiteepartei scheint ihn zu mißbilligen. Um den unzufriedenen Teil des Publikums zu beruhigen, veröffentlicht die Pforte eine Erklärung, die besagt, daß die erforderlichen Reformen noch geprüft werden. Der Entwurf werde der Zustimmung der Kammer und des Senats und der Sanction durch den Sultan unterworfen werden. Deshalb dürfe die Bevölkerung sich nicht beunruhigen und durch falsche Darstellungen erregen lassen.

Die griechischen Schiffe, die noch nicht vom Marineministerium beschlagnahmt worden sind, haben die französische Flagge gehißt.

Protestversammlungen in Ungarn.

Wie uns aus Budapest geschrieben wird, fanden Sonntag in Budapest und der Provinz 26 Massenversammlungen gegen den Krieg statt, in denen gegen den Krieg protestiert wurde und die Bewahrung striktester Neutralität von der ungarischen Regierung gefordert wird. Insbesondere wurde auf den Widerspruch hingewiesen, daß man von denselben Arbeitern, denen man das Wahlrecht verweigert, verlangt, daß sie sich auf den Schlachtfeldern für dynastische und kapitalistische Zwecke hinmorden lassen sollen.

Steigende Anarchie.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus:

Während die Telegraphenbureaus aus Sofia und Belgrad von der wilden patriotischen Begeisterung, die die Mobilisation hervorrief, zu melden wissen, herrscht in der türkischen Hauptstadt eine schwere, bedrückte Stimmung. Ein Jahr lang dauert der Krieg mit Jastan. Er hat zwar dem Staatsschatz nicht viel gekostet, den Handel aber stark geschädigt. Die Wareneinfuhr aus dem Auslande ist, nach der Zollstatistik, um 18 Prozent zurückgegangen. Kredit ist anders als unter wucherischen Bedingungen gar nicht mehr zu erlangen. Die Geschäfte stoden. Dabei sind die Mietspreise in einer horrenden Weise in die Höhe gegangen und die Lebensmittelpreise auch. Die Steuern aber sind erhöht worden. Das Elend der Volksmassen, besonders der türkischen, ist so furchtbar, daß es alle europäischen Vorstellungen übersteigt. Es gehört wahrlich eine orientalische Geduld dazu, es ruhig zu ertragen.

Die türkischen Bauernmassen aber, die man jetzt in langen Eisenbahnzügen aus Anatolien hinüberschleppt, um sie in die Militärkadres einzureihen, sind erst recht verelendet. Die Verwüstung, die in Anatolien die primitive kapitalistische Akkumulation in unheimlich geräuschtem zwanzigsten Jahrhundert anrichtet, übertrifft an Blut und Schweiß und Tränen die furchtbaren Seiten der kapitalistischen Geschichte. Wenn der türkische Bauer in die Kaserne kommt, ist er sich zum ersten Male satt. Aber wenn auch der Reservist in der Kaserne vor Hunger geküßt ist, so weiß er doch, daß seine Familie in seiner Abwesenheit nicht nur hungert, sondern um jeden wirtschaftlichen Holt gebracht wird. Und nun, da er in den Krieg gehen soll, riskiert der Bauer sein Leben, während seine Familie an den Bettelstab gebracht wird.

Nun will ja die Türkei gewiß nicht den Krieg. Er wird ihr aufgezwungen. Dies und die geringe soziale Entwicklung der Volksmassen bringen es mit sich, daß — außer unserer Partei, die jedoch nicht stark genug ist, um sich geltend zu machen — niemand aus dem Elend ein Argument gegen den Krieg macht. Wenn also hier keine Kriegsbegeisterung herrscht, so herrscht eine um so größere Kriegsmut, die zugleich religiös und national getrieben ist und deshalb sehr leicht auch in den inneren Kämpfen des Landes zum Durchbruch kommen könnte. Das bedeutet Revolten und Massaker.

Ein Türke aus dem Volke hörte zu, wie man aus der Zeitung die Nachricht von der bevorstehenden Mobilisierung vorlas. — Was

— schrie er entsetzt auf — wieder Mobilisierung? Ich bin ja erst seit einigen Tagen aus Albanien zurückgekehrt. Das geht ja gar nicht. Das kann nicht sein. Da hört sich alles auf. Da bleibt gar nichts anderes übrig, als allen die Gurgel abzuschneiden. Das ist keine vereinzelte Stimmung. Die türkische Masse befindet sich am Rande der Verzweiflung.

Auch in den Offizierskreisen sehen die Dinge wieder recht böß aus. Die Komiteteute und die anderen bilden zwei feindliche Lager. Die Regierung hat es nicht verstanden, sich Sympathien zu erwerben. Erleichterung der Krieg auf dem Balkan aus, so braucht sie sofort Erfolge. Die erste bedeutendere Niederlage könnte eine Militärrevolte in Konstantinopel zur Folge haben, die auch von Christenmeyerleuten begleitet werden könnte.

Judeßen mehren sich in Mazedonien die Bombenattentate, und in Armenien morden die Kurden.

Krieg oder Frieden — die Entscheidung darüber fällt jetzt außerhalb Konstantinopels. Daß aber mit dem Krieg die Brandsädel mitten in die inneren Trübel des Orients geworfen wird, daß damit den Revolten, der Anarchie, dem Faustrecht, dem Raub und Mord und den Bogroms fanatisierter Massen die Wege geöffnet werden, das scheint mir sicher zu sein.

Sentimentale Kriegshetze.

Rom, den 5. Oktober. (Eig. Ber.) Während die nationalistiche Presse in allen Zonarien gegen die vorgeschlagenen Friedensbedingungen wütet, haben auch die sozialistischen Reformisten alles mögliche an der dem Frieden zustrebenden Haltung der italienischen Regierung anzuhängen. Den Nationalisten ist das Erreichte zu wenig. Sie wollen sich nicht damit zufrieden geben, daß die Türkei Tripolitanien räumt, ohne ausdrücklich die italienische Souveränität anzuerkennen, wollen auch von der Fortdauer der religiösen Oberhoheit des Kalifen nichts wissen, nichts von der Rückgabe der aegäischen Inseln, und schon ganz und gar nichts von der Entschädigung, die die italienische Regierung für die Staatsländereien in Tripolitanien dem ottomanischen Schatz zu zahlen bereit scheint. Daher drängen die Nationalisten auf Fortführung des Krieges und fordern, daß man die Notlage, die der Türkei aus den Balkanwirren erwächst, ausnütze, um eine Aenderung des Status quo im Balkan zum Vorteil Italiens zu erlangen. Von ihrem Standpunkt haben die Nationalisten recht, denn ihnen kommt es ja auf ein paar tausend junger Leben nicht an, so lange nur ihre kostbare Haut keine Gefahr läuft. Merkwürdig ist es aber, in dem Chor der Kriegsfreudigen auch die reformistische Partei einstimmen zu sehen. Und zwar nehmen die Reformisten, die sich doch immer so viel auf ihren praktischen Sinn und auf ihre Anpassung an das Tatsächliche zugute tun, ihre heutige Stellung deshalb ein, weil sie an die Möglichkeit einer Lösung der Balkanfrage glauben, die den nationalen Bestrebungen der Balkanvölker genügt. Um diese Utopie zu verwirklichen, sind sie ohne weiteres entschlossen, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Das Zentralkomitee der reformistischen Partei und der Ausschub der römischen Sektion haben eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt:

Angeichts der Haltung der europäischen Mächte, die aus Eifer sucht an der verhängnisvollen Formel des Status quo im Orient festhalten und die Türkei nicht zu zwingen vermögen, dem Konglomerat von Völkern, die heute von dem islamitischen Fanatismus, den das jungtürkische Regime keineswegs gemildert hat, bedrückt sind, eine echte Autonomie zu geben;

angeichts der energischen Entschlossenheit der Balkanstaaten, die bereit sind, zur schmerzlichen Notwendigkeit des Befreiungskrieges zu schreiten, um die Freiheit und Autonomie der verdrückten Völker zu erringen;

spricht das Zentralkomitee unter Berufung darauf, daß das Prinzip der Völkerfreiheit in einer höheren Kultur die notwendige Voraussetzung der Völkerverbändigung ist, den Wunsch aus, daß die Sache, für die Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland zur ultima ratio des Krieges entschlossen sind, vom Siege gekrönt werde und bewähret das Proletariat aller Länder sowie alle Kräfte der Demokratie, den Kraftaufwand der Balkanvölker gegen die konservativen Verschwörungen der europäischen Diplomatie zu verteidigen.

Wenn das nicht ein verfliegener Utopismus ist, der in der Praxis niemandem zugute kommt als den Mächten, die ihr Landesgebiet im Balkan abrunden wollen, dann weiß man wirklich nicht, wie man diese „praktische Gegenwartspolitik der Reformisten“ qualifizieren soll!

Soweit unser Korrespondent. Wir geben die Stellungnahme der Reformisten, deren politische Bedeutung ja gering ist, auch um deswillen wieder, um zu zeigen, wie gänzlich unangebracht die Aufnahme dieser Gruppe in die Internationale wäre.

Teuerung.

Der preussische Städtetag zur Fleischteuerung.

Düsseldorf, 8. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der preussische Städtetag schloß sich den Beschlüssen des deutschen Städtetages an und erklärte, es sei nicht Aufgabe der Gemeinden, für die Schäden einer falschen Wirtschaftspolitik dauernd einzutreten zu müssen. Die Beschlüsse des Bundesrats seien unzureichend, die Aufgabe oder wenigstens die Milderung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes sei unbedingt erforderlich.

Die Stellung der Fleischer.

Die Züricher Regierung beschloß, das von der Stadt eingeführte Fleisch nicht auszuheben. Die Stadt hatte ihnen einen Verdienst von 12 Pf. für das Pfund angeboten. Das war den Wehrgern zu wenig; sie verlangten 18 Pf. Auf diese Weise wäre das eingeführte Fleisch noch höher im Preise gekommen als das, welches die Wehger verkaufen. Wenn die Wehger nicht noch begeben, wird die Stadt das Fleisch in eigener Regie ausheben.

Die Fleischereinnung in Breslau beschloß im Gegensatz zu vielen anderen Innungen dieses Gewerbes, im voraus dem Magistrat die Uebernahme des Verkaufes von argentinischem Gefrierfleisch anzubieten, falls die städtische Teuerungskommission die Einfuhr von solchem oder anderem ausländischen Fleische beschließt. Allerdings hat die gegenwärtige Teuerung unter den Breslauer Fleischhändlern schon eine Anzahl Opfer gefordert. Viele Geschäfte mußten wegen zu geringen Umsatzes geschlossen werden.

In Dresden haben die Fleischermeister, nachdem drei Lieferungen dänischen Fleisches dort eingetroffen waren, auch eine Ermäßigung des Preises für deutsches Fleisch eintreten lassen, so daß beide Sorten nunmehr gleich viel kosten. Bisher hatten sie immer und immer wieder erklärt, sie könnten nicht heruntergehen.

Städtische Maßnahmen.

Der Stadtrat in Alkenburg hat dem Stadtverordnetenkollegium eine Denkschrift zugehen lassen, in der nach amtlichen Erhebungen die Preissteigerungen der Jahre 1907—1912 aufgeführt werden. Diese Preissteigerungen sind ungeheuerlich. Sie betragen für Rindfleisch 27 Proz., für Kalbfleisch 27 Proz., für Schweinefleisch 34 Proz., für Schöpffleisch 40 Proz., für geräucheretes Fleisch 41,7 Proz., für Fett 55,2 Proz., für Wurst 41,8 Proz., für Butter 6,6 Proz., für Eier 10,9 Proz., für Weizenmehl 6,7 Proz., für Roggenmehl 11,8 Proz., für Kaffee roh 20,1 Prozent, gebrannt 14,3 Proz., für Salz 10 Proz., Milch 10 Proz., Kartoffeln 54 Proz., Roggenbrot 13 Proz. u. s. f. In der Denkschrift wird entschieden bestritten, daß man es in den Teuerungsercheinungen mit vorübergehenden Verhältnissen zu tun habe, und betont, daß recht bald bringende Hilfe not tut, und zwar in erster Linie von der Regierung. Die Denkschrift gipfelt in der Forderung nach Aufhebung oder Ermäßigung der Zölle für Vieh, Fleisch und Futtermittel, Erleichterung der Einfuhr von Vieh aus den Nachbarländern, Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch usw. Gleichzeitig lag den Stadtverordneten ein sozialdemokratischer Antrag vor, der sich in gleicher Richtung bewegte. Die Denkschrift samt dem sozialdemokratischen Antrag wurden, ohne Widerspruch zu finden, angenommen. Der frühere freikonservative Reichstagsabgeordnete Edm. Schmidt stimmte der Vorlage ebenfalls ohne Widerspruch zu.

Der Magistrat von Kossau (Westenburger) teilte auf einer durch unsere Genossen herbeigeführten Antrag der Stadtverordnetenversammlung mit, daß er Verhandlungen wegen Bezug dänischen Rindfleisches angeknüpft habe. Das Stadtparlament bewilligte jedoch 1000 M. zum Ankauf von Seefischen, die zum Selbstkostenpreis abgegeben werden sollen. Ferner ersuchte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, auch den Ankauf von Kohlen in die Hand zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Lehe beschloß, gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven ausländisches Fleisch zu beziehen. Ferner wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter der dritten Klasse beschlossen, eine Eingabe an die Reichsregierung zu richten auf Aufhebung der Futtermittelzölle, der Vieh- und Schlachtfleischzölle. Dem weitergehenden Antrage auf dauernde Befreiung der Lebensmittelzölle vermochte sich die bürgerliche Mehrheit nicht anzuschließen.

Der städtischen Teuerungskommission in Fürth hatten zwei Hamburger Firmen Angebote auf Lieferung von Gefrierfleisch aus Argentinien und der Wandshureit gemacht; sie unterließen es aber, auch Preise anzugeben. Da die Stadt nicht über die notwendigen Einrichtungen zur Behandlung des Gefrierfleisches verfügt, so wurde diese Maßnahme fallen gelassen. Auch für die Einfuhr von dänischem Fleisch waren Angebote gemacht worden, nach welchen jedoch das Pfund Rindfleisch auf 91 Pf. und das Ochsenfleisch auf 97 Pf. gekommen wäre. Bei den Fürther Regierung muß für Rindfleisch 75—95 Pf. und für Ochsenfleisch 80 bis 105 Pf. bezahlt werden. Um Fleisch vorteilhafter einführen zu können, wurde beschlossen, mit den Städten Nürnberg und Erlangen gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. 5000 M. sollen als anfänglicher Betriebsfonds dienen. Dabei wurde gehofft, die Regierungserlasse werden billigere Angebote zur Folge haben.

Der Gemeinderat in Reth bewilligte 40 000 M., die zum Einkauf von frischem Fleisch und lebendem Vieh aus Holland bestimmt sind.

In der ersten Sitzung des neuen Teuerungsausschusses der Stadt Dortmund wurde beschlossen, einstweilen auch fernherhin sowohl lebendes Rindvieh, Schweinefleisch, amerikanischen Speck und gegebenenfalls Gefrierfleisch einzuführen.

Die Landwirtschaftliche Provinzial-Gesellschaft für Brandenburg, die 600 Genossenschaften mit 40 000 Mitgliedern umfaßt, hat zur Erörterung der Frage einer Ermäßigung der Fleischpreise durch Mitwirkung des Genossenschaftswesens an 28 Magistrate und Fleischerinnungen von märkischen Städten Einladungen ergehen lassen, auf welche die meisten Städte und ebenso auch einige Fleischerinnungen ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Beratungen, die demnächst beginnen, erklärt haben.

Folgen der nationalen Wirtschaftspolitik.

Wie aus Wülshcim a. d. Ruhr telegraphiert wird, erkrankte in Speldorf eine Familie, Vater, Mutter und drei Kinder, nach dem Genuß von Pferdefleisch unter Vergiftungserscheinungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Eine zweite Familie erkrankte aus derselben Ursache in der Altstadt und mußte gleichfalls ins Krankenhaus gebracht werden.

Protestversammlungen.

In Dresden fanden am Sonntag fünf Volksversammlungen statt, die sich mit den ungenügenden Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung beschäftigten. Die Polizei war in großen Massen ausgeboten, trotzdem verliefen die Versammlungen friedlich.

Mannheimer Irrungen und Verwirrungen.

Der Mannheimer Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei war der erste seit der drei Jahre zurückliegenden Bereinigung der liberalen Gruppen. Er bot Gelegenheit genug, festzustellen, wie weit tatsächlich eine Verschmelzung der früheren Sonderorganisationen stattgefunden hat und welchen Grad der Einigkeit und Geschlossenheit das liberale Bürgertum Deutschlands in dieser Zeit erreicht hat. Die politische Situation insbesondere des letzten Jahres war wohl geeignet, die Auseinandersetzungen zusammenzuführen und die in den Reihen der Liberalen weit verbreitete Unklarheit über die notwendigen Ziele eines wirklichen politischen Fortschritts zu beseitigen. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Partei glaubte denn auch in der Eröffnungsrede die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei betonen zu müssen. Er verteidigte sich sogar zu dem Ausspruch, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art in den liberalen Reihen beständen und die Volkspartei heute die geschlossenste Partei darstelle.

Schon in der Debatte mußte er sich aber vom Abgeordneten Raumann sagen lassen, daß die Organisation der Partei sehr viel zu wünschen übrig lasse, daß die „große Masse“ zwar liberal sei aber wenigstens liberal rede, aber doch nichts für die Partei tue. Von einer „Läuterung“ der Partei hat der Außenstehende jedenfalls nichts bemerkt. Die Behandlung aller wichtigen Fragen auf dem Parteitag zeigte das alte Lied weitgehender Meinungsunterschiede. Wer gar erwartet hatte, daß die politische Situation der letzten Zeit und speziell die tiefgehende Erregung aller nicht-agrarischen Kreise des deutschen Volkes über die Wirtschaftspolitik die fortschrittliche Volkspartei entschieden vorwärtsdrängen würde, wurde enttäuscht. Schon bei dem ersten Hauptthema der Verhand-

Lung zeigte sich, daß die Partei nichts Ernsthaftes gegen die gegenwärtige Politik unternehmen will. Man hörte ein Referat und Korreferat und die zahlreichen Diskussionsreden über: „Wirtschaftliche Fragen, Zollfragen und Lenkung“ an, fand aber nicht die Kraft zu einer eindeutigen Lösung dieser Probleme, sondern wickelt sich durch Einsetzung einer Kommission zum Studium der Agrarfrage aus. Einige Abgeordnete traten ganz offen als Schutzhöllner auf. Aus Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Kreise, in die der Fortschritt seit seiner Verdrängung aus den Städten durch die Sozialdemokratie getrieben worden ist, vertritt man die Interessen der städtischen Konsumenten. Vergebens rief der Landtagsabgeordnete Tauten den Parteitag an, klare Stellung gegenüber der Lenkung zu nehmen. Nicht an den Eindruck, den die Agrardebatte vor den liberalen Wählern machen werde, dachte man, sondern hielt die Agitationsreden für die Bauern, bei denen man die Legende von der Landwirtschaftsfeindlichkeit der fortschrittlichen Volkspartei zerstreuen möchte. Aus aller Uneinigkeit der Debatte ging doch das eine hervor, daß für eine Ermäßigung, geschweige denn eine Beseitigung der Agrarzölle die Volkspartei nicht zu haben ist.

Eine noch stärkere Verwirrenheit der Anschauungen zeigte sich bei der Behandlung der Arbeiterfrage. Die „Einigkeit“ äußerte sich hier in noch viel lebhafteren Zusammenstößen. Rowmann und Erkelenz ließ man als Arbeiterfreunde auftreten; aber Waldstein und Müller-Reinigen kennzeichneten sofort ihre Ausführungen als „unreife Phrasologie“ und „rhetorische Liebetreibungen“. Wiemer mußte wieder als Vermittler und Beschwörer auftreten. Er stellte höflich die Behauptung auf, „im Grunde“ sei ja alles einig.

Die angenommene Resolution mit ihren allgemeinen Forderungen des Ausbaues und der Vereinfachung des Arbeiterrechts durch Umwandlung des Arbeiterverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis wird in ihrer Bedeutung noch dadurch geringwertiger, daß man sie vorher der Einzelbestimmungen entleert hatte.

Auch die Verhandlungen über das dritte Hauptthema, die Frauenwahlrechtsfrage, brachte nichts als Worte. Gertrud Bäumer und Helene Lange sagten der Partei manch bittere Wahrheit über die Inkonsequenz des Liberalismus. Aber auch zwei Kapazitäten der Partei, Müller-Reinigen und Haushammann, sprachen sich sofort energisch gegen die von der Entwicklung vorgezeichnete Notwendigkeit des Frauenstimmrechts aus. Nur so sanftmütige Elemente, wie es liberale Frauen sind, können trotz dauernder Nichterwähnung ihrer Forderungen bei der Partei ausbleiben.

Die liberalen Wähler vom Januar werden über die ganze Tagung enttäuscht sein. Die „große Stunde“, die der Liberalismus auf dem Parteitage erleben sollte, hat lediglich ein paar große, inhaltsleere Worte, aber keine Tat gezeitigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Oktober 1912.

Klerikales Liebeswerben.

Herr Julius Wachem, der Strateg der Kölner Zentrumsrichtung und Hochkommandierender der „Kölner Volkspartei“, ist mit dem Chemnitzer sozialdemokratischen wie mit dem Mannheimer fortschrittlichen Parteitag recht wenig zufrieden, denn aus den Verhandlungen schließt er, daß es zwischen der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen zu einer Verständigung und einem Wahlbündnis kommen wird. Daß die sozialdemokratische Parteileitung ein solches Wahlbündnis erstrebt, daran zweifelt er nach den Ausführungen des Genossen Scheidemann nicht mehr, und ebensowenig ist nach seiner Ansicht zu erwarten, daß die fortschrittliche Volkspartei solches Bündnis ablehnt.

Er meint:

„Bei den Freisinnigen wird die sozialdemokratische Wahltaktik zweifellos einen vollen Erfolg haben. Es kommt jenen augenblicklich zunächst nur darauf an, mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Anzahl Mandate von den rechtsstehenden Parteien einzuhändigen; die Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie in unseren parlamentarischen Körpern das Best in die Hände bekommen, steht ja noch im weiten Felde.“

Dieser drohenden sozialdemokratisch-fortschrittlichen Wahlkoalition möchte Herr Julius Wachem gerne ein zentrumsparteilich-konfessionsnationalliberales Wahlbündnis entgegenstellen, und er wendet sich deshalb gleichgültig an die rechtsnationalliberalen Kreise in Rheinland-Westfalen, indem er ihnen zusichert, daß wenn sie sich den Klerikalen und Konservativen anschließen, das Zentrum seine Gefolgschaft in jenen Gegenden zur Stimmenabgabe für die national-liberalen Landtagskandidaten kommandieren wird:

„Nicht so glatt wird die Sache bei den Nationalliberalen verlaufen. Auch diese möchten gewiß gern mit Hilfe der Sozialdemokraten, den Konservativen und namentlich dem Zentrum eine Anzahl Mandate abnehmen; aber sie haben doch größere Schwierigkeiten im eigenen Lager zu überwinden. In der nationalliberalen Partei gibt es noch weite Kreise, welche sich immer sorgenvoller die Frage vorlegen, wo die national-liberale Partei bei der gegenwärtigen Linksentwicklung schließlich bleiben, ob sie nicht naturgemäß nach links und rechts zerbröckeln wird.“

Bei den Reichstagswahlen ist man ja im Lager der Zentrums-partei der veränderten Situation im allgemeinen gerecht geworden, wenn auch noch nicht mit der Entschlossenheit und Geschlossenheit, welche diese Situation erforderte, sonst wäre die Zusammensetzung des Reichstages eine günstiger geworden. Diesmal muß in der bei den Reichstagswahlen eingeschlagenen Richtung konsequenter vorgegangen werden. Eine Vorbedingung dafür wird die von lauger Hand zu schaffende Klarheit sein, ob noch ein namhafter Teil der nationalliberalen Partei als Mittelpartei sich zu behaupten willens und imstande ist.“

Der letzte Satz ist deutlich genug. Schließt sich die national-liberale Partei nicht dem sozialdemokratisch-fortschrittlichen Wahlbündnis an, sondern sucht sie bei den Schwarzblauen Unterschlupf, so wird das Zentrum „konsequent“ sein, das heißt — die Nationalliberalen bei den Landtagswahlen im weitesten Maße unterstützen. Die klerikale Kofotte ist zu jeder Gefälligkeit bereit!

Nur keine Steuererhöhung.

„Nächst brachte die „Post“ eine Zuschrift über die Reform der preussischen Einkommensteuer, in der die Forderung gestellt wurde, die untersten Steuerstufen von 6 und 9 M. müßten abgeschafft werden, da die Einkommen unter 1200 M. knapp zum Leben ausreichen und der Staat die 18 Millionen Mark, die ihm aus diesen Steuerstufen zufließen, zu entbehren vermag.“

Diese vernünftigen Ansichten haben sofort in den wohlhabenden Kreisen der „Post“-leser Anstoß erregt. Das Blatt veröffentlicht in der heutigen Morgennummer zwei weitere Zuschriften, die eine von „parlamentarischer Seite“, die andere allem Anschein nach von einem Großindustriellen, die sich beide in scharfster Weise

gegen den Wegfall oder auch nur die Ermäßigung der unteren Steuerstufen aussprechen.

In der ersten Zuschrift heißt es:

„Der sonst sehr beachtenswerte Beitrag fordert in einem Punkte Widerspruch heraus. Der Vorschlag, die untersten beiden Steuerstufen unter Verzicht auf deren Ertrag von 18 Millionen Mark ganz aufzuheben, erscheint, wenn man ihn einseitig vom Standpunkte der Staatssteuer beurteilt, wohl sehr erwägenswert, besteht aber die Prüfung vom Standpunkte der Kommunalbesteuerung nicht. Soll mit dem Ausgleich der Kommunal- und Volkshauslasten Ernst gemacht werden, so kann zunächst auf jene 18 Millionen für deren Finanzierung nicht jählich verzichtet werden. Sodann mag der Fortfall jener beiden Steuerstufen für den Gemeindehaushalt der meisten Großstädte und reichlicher Vorkommensgemeinden erträglich sein, für viele kleine Städte und für zahlreiche Landgemeinden, namentlich für alle Industriegemeinden wäre er mit der völligen Eröfnerung des Fundaments des Gemeindehaushalts gleichbedeutend. Man stelle sich so eine Industriegemeinde vor, welche ganz überwiegend aus Arbeitern besteht und jetzt schon eines Zuschlages von 250 bis 300 Proz. zur Balancierung ihres Etats bedarf. In den beiden untersten Stufen steuern nicht nur die Steuerpflichtigen mit weniger als 1200 M. Einkommen, sondern auch die Kinderprivileg auch die höher gelohnten Arbeiter mit größerer Familie, bei großem Kinderreichtum selbst die höchst entschulten. Füllen alle diese für den Gemeindehaushalt aus, so bleibt ein kleiner Rest für die Deckung des ganzen Gemeindebedarfs übrig; die Zuschläge müßten auf 1000 Prozent und mehr hinausschnellen und geradezu unerträgliche Zustände entstehen.“

Nach hydritischer urteilt die zweite Zuschrift über den Vorschlag:

„Der Eingender ist der Ansicht, daß die Steuerstufen von 6 und 9 M. abgeschafft werden müßten, weil ihr Ertrag nicht im richtigen Verhältnis zur Zahl der Steuerzahler steht und verhältnismäßig zuviel Arbeit macht. Nun, ich gebe zu, daß es bedeutend einfacher ist, z. B. eine Million aus je 300 M. Steuern zusammenzurechnen als aus 6 und 9 M. Steuern. Dieser Vorteil darf aber nicht ausschlaggebend sein gegenüber dem Vorteil des Staates. Ein Staat kann nur bestehen, wenn die Mehrzahl der Staatsbürger eine „Staatsgefömmung“ haben, d. h. sich mit dem Wohl und Wehe des Staates verbunden fühlen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl findet in der Zahlung einer angemessenen Steuer für den Staat einen wesentlichen Ausdruck. Mit dem Aufhören der Steuerzahlung würde dieser Zusammenhang bald aufhören. Durch die sozialistische Propaganda ist ohnehin in den breiten Volksschichten die Ansicht stark genug verbreitet worden, daß der Staatsbürger, besonders wenn er Arbeiter ist, nur Rechte an den Staat, aber keine Pflichten ihm gegenüber hat. Diese staatszerstörende Gesinnung wird demnach durch Aufhebung der beiden untersten Steuerstufen sehr weit gefördert werden. Ich halte daher diese Aufhebung nicht für eine politische Klugheit, sondern eben für eine politische Unklugheit.“

Es ist immer dieselbe Bitanei! Die Herren mit den gefüllten Taschen vertweigern zwar den Arbeitern jeden in Betracht kommenden Einfluß auf die preussische Gesetzgebung; aber ihre Steuergrößen nehmen sie gern. Selbst die Kerntzen, die kaum das tägliche Brot haben, dürfen nicht von der Steuereintreibung verschont bleiben.

Unlautere Praktiken einer zentrums-agrarischen Genossenschaft.

Die bayerische Abgeordnetenkammer bewilligte am Dienstag einstimmig die erste Rate von 3 Millionen für die Rainkanalisation von Aschaffenburg bis Hanau. Von den Rednern der Linken wurde über die Langsamkeit des Ausbaues bayerischer Wasserstraßen lebhaft Klage geführt.

Zum Schluß der Sitzung gab Genosse Auer eine Erklärung ab gegen die größte landwirtschaftliche Genossenschaft, die Heimische Zentrale in Regensburg. Auer warf der Genossenschaft vor, daß sie, obwohl sie das Vorrecht eines gemeinnützigen Unternehmens beanspruche und gewisse, unlautere Spekulationen treibe. Sie habe die vorjährige Futternot zu riesigen Gewinnen und zu Provisionen für leitende Persönlichkeiten ausgebeutet. Auch habe sie die Eisenbahnverwaltung durch falsche Deklarationen gezwungen. Auer zitierte die Aeußerung eines Abteilungs-Vorstandes der Zentralgenossenschaft: „Die Zentralgenossenschaft sei ein in christliche Nächstenliebe eingewickelter Judentum“.

Durch diese Erklärung wurde der zweite Vorsitzende der Zentralgenossenschaft, der Zentrumsabgeordnete Ziel, so aufgeregt, daß er Auer wiederholt einen Feigling nannte und zweimal zur Ordnung gerufen werden mußte.

Von den elßassischen Bezirkstagsnachwahlen

Es ist noch eine Zentrumsniederlage zu melden. Bei der gleichfalls am Sonntag vollzogenen Nachwahl im Anton Brumath wurde der fortschrittliche Kandidat Dr. Wolter mit 2345 Stimmen gegen 2135, die der Zentrumskandidat Biarrer Dr. Postina erhielt, gewählt. Bei der Hauptwahl vom 29. September hatten Wolter 1732, der Zentrumskandidat 1872 und unser Genosse Sport 424 Stimmen erhalten, woraus sich ergibt, daß die sozialdemokratischen Stimmen, der Parteiparole folgend, bei der Nachwahl vollzählig für den Fortschrittler abgegeben worden sind.

Zentrumsstreit.

Die neueste Nummer der „Kölner Korrespondenz“ befaßt sich bereits mit dem Prozeß, der am Freitag das Amtsgericht in Frankfurt a. M. beschäftigte und der mit Vertagung endete, um den Führer der Antikatholiken, Dr. Karl Maria Kaufmann, und den von ihm wegen Verleumdung verklagten drei Zentrumsredakteuren aus Frankfurt, Stuttgart und Bismarck zu geben, den Prozeß durch Anrufung eines Bischofs oder einer anderen Autorität im Wege des Vergleichs aus der Welt zu schaffen. Die von den verklagten Redakteuren verantwortlich gezeichneten Zentrumsblätter hatten auf Grund eines in der „Kölner Volkszeitung“ erschienenen außerordentlich heftigen Artikels behauptet, Dr. Kaufmann, der bekanntlich katholischer Weistlicher ist, habe durch Informationen der „Correspondance de Rome“ die deutschen Katholiken verleumdet. Dr. Kaufmann will in dem Prozeß den Beweis erbringen, daß er niemals Beziehungen zu dem genannten römischen, von dem bekannten Konfessor Benigni inspirierten Blatte gehabt habe. Die übrigen in dem Prozeß mitgeteilt wurde, ist der in der „Kölner Volkszeitung“ gegen Dr. Kaufmann erschienene wüste Artikel verfaßt von dem früheren Provinzialoberen der weißen Väter, Dr. Froberger, der ein eifriger Mitarbeiter und Ratgeber der „Kölner Volkszeitung“ an Stelle des zum Antikatholizismus übergetretenen Redakteurs und Kaplans Dr. Kirch ist.

Ueber den Zwed der gegen Dr. Kaufmann erschienenen Artikel, oder, wie die „Kölner Korrespondenz“ schreibt: „der ganzen Aktion“ gegen Kaufmann, habe sich dessen Anwalt wie folgt ausgesprochen: „Die Vertreter der Kölner (Katholiken) Richtung sehen sich durch in- und ausländische Blätter, besonders durch die in Rom selbst unter den Augen des Papstes erscheinende „Correspondance de Rome“ stark bedrängt. Nun geht ihr Bestreben dahin, glauben zu machen, Dr. Kaufmann stehe hinter allen diesen, der Kölner Richtung unangenehmen Organen, besonders den ausländischen; er informiere nämlich gegen die Kölner Richtung, die „Correspondance de Rome“, welche ihrerseits wieder die Tageszeitungen bediene. Was also diese Korrespondenz, die vom Papst jeden Tag gelesene

„Nulla cattolica“, dem „Univers“ usw. schreiben, das sei gar nicht ihr geistiges Eigentum und gebe gar nicht ihre selbstgenommene Ansicht wieder, sondern es sei alles nur auf den einen Mann in Frankfurt (Dr. Kaufmann) zurückzuführen, der auf diese Weise den Mittelpunkt eines internationalen antikölnischer Konzerns bilde. Das ist natürlich Wahnsinn. In katholischen Kreisen wird man sich darüber wundern, daß im katholischen Lager ein solcher Wöllfisch auskommen und geglaubt werden kann.“ — Wie die Kölner Korrespondenz weiter schreibt, hat Dr. Kaufmann selber den ihm gemachten Vorwurf entkräftet zurückgewiesen.

Justizrat Ghylling.

In München ist, wie von dort gemeldet wird, der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Ghylling-Königsberg im Alter von 53 Jahren gestorben. Ghylling war von Geburt Hinterpreuze. 1858 in Dübitten im Kreise Johannisburg geboren, studierte er Jura und ließ sich darauf in Alsenstein, später in Königsberg als Rechtsanwalt nieder. 1903 wurde er von der freisinnigen Partei Königsbergs in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt, ein Mandat, das er bis zu seinem Tode behalten hat. Von 1907—1911 gehörte er auch dem Reichstag an. Ghylling stand auf dem rechten Flügel der fortschrittlichen Volkspartei. Sein Liberalismus war stark verwestert, und unsere Genossen in Königsberg haben mit ihm manchen Strauß ausgefochten.

Ungarn.

Der Maiaufstand des Budapester Proletariats vor Gericht.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Budapest am 23. Mai, an dem Tage, an welchem der Graf Tisza zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde, in den Generalstreik trat, und beschloß, vor das Parlament zu ziehen. Der politische Instinkt der Arbeiter sagte ihnen, daß mit dieser Besetzung der Präsidentenwürde durch den Grafen Tisza der entscheidende Schlag gegen die Obstruktion und gegen die demokratische Reform geplant wurde. Die späteren Ereignisse bewiesen, wie richtig die Arbeiterschaft die politische Lage beurteilte. Obwohl Polizei und Militär in Massen aufgebracht wurden, konnte die Arbeiterschaft nicht eingeschüchtert werden. Budapest war der Schauplatz von wahren Straßenkämpfen, wobei es Tote, Verwundete und auch Verwüstungen von Transtrawagen, Gaslaternen, Fensterscheiben und dergleichen mehr gab. Die Polizei, die sich den Arbeitern gegenüber am Streiftage ganz ohnmächtig erwies, wollte die durch ihre Unbeholfenheit erlittene Scharte ausweihen und fürchterliche Rache nehmen. Sie ließ durch ihre Agenten auf Veranlassung Arbeiter zu Hunderten verhaften und trachtete, durch Mißhandlungen barbarischer Art ein Belästigungsmaterial nicht nur gegen die Demonstranten, sondern hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Parteileitung und gegen die Gewerkschaften aufzutreiben. Die Polizei wollte die Beweise für eine Anklage wegen Aufruhrs herbeischaffen und Geständnisse dafür liefern, daß die Arbeiter in den Lokalen der Gewerkschaften mit Schießwaffen versehen wurden. Die Inhaftierten wurden von den Polizisten auf die ärgste Weise mißhandelt, aber das gewünschte Material konnte auch auf diese niederträchtige Art nicht zusammengebracht werden. Im Laufe der Untersuchung gab sich die Polizei die größten Mühen. Es wurde am 23. Mai ein berittener Polizist namens Richter unweit des Parlaments erschossen. Die Polizei verhaftete darauf den Tischlergehilfen Majoros, der einen Revolver bei sich führte; sie beschuldigte ihn, den Verirrten niederzuschossen zu haben und wollte ihn zu der Erklärung zwingen, daß er den Revolver im Hofpark der Tischler von einem Beamten erhalten habe. Im Laufe der Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß Majoros nie Mitglied des Pöbels war, und daß der Verirrte nicht von einem Demonstranten, sondern von einem, die Demonstranten verfolgenden Geheimpolizisten namens Angyal getötet wurde! Die Polizei hat ebenso wenig Glück mit ihrem Vorhaben, der sozialdemokratischen Partei einen Prozeß wegen Aufruhrs anzuhängen; das Gericht mußte sich deshalb mit Delikten milderer Art begnügen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen 200 Demonstranten die Anklage wegen Gewalttätigkeit gegen die Behörden und gegen Private. Die Angeklagten wurden in vier Gruppen geteilt und die Verhandlung gegen die 48 Angeklagte fassende erste Gruppe fand, wie mitgeteilt, vom 30. September bis 3. Oktober vor dem Budapester Strafgericht statt. Zum eigentlichen Angeklagten im Prozeß wurde freilich die Polizei, deren barbarische, vor Körperlicher Büchtlung und Mißhandlung nicht zurückweichende Untersuchungsmethode und gänzliche Unfähigkeit, die wahren Täter zu erfassen, an den Pranger gestellt wurde. Noch im Laufe des Prozesses mußte der Staatsanwalt die Anklage gegen 5 Angeklagte fallen lassen, 12 sprach das Gericht frei — unter ihnen befanden sich zwei, die vier Monate in Untersuchungshaft geesessen. — Und gegen die übrigen wurde auf Gefängnisstrafe von 1—7 Monaten erkannt. Ein Angeklagter namens Jozes wurde wegen des Verbrechen der Gewalttätigkeit gegen Private und Behörden und wegen Verbrechen des Diebstahls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er gehört mit noch einigen Angeklagten zu jenen Lumpenproletariaten, die sich der demonstrierenden Menge angeschlossen haben, um dort ihr unehrbares Handwerk treiben zu können. Das Urteil ist aber auch gegen ihn ungemein scharf, denn der begangene Diebstahl bestand lediglich darin, daß er ein mit vier Häckern beladenes Fuhrwerk angriff und das Vier mit seinen Genossen austrank. Die Verhandlung gegen die zweite Gruppe, die 39 Angeklagte umfaßt, wird am 14. Oktober, die Verhandlung gegen die 40 Angeklagte umfassende dritte Gruppe am 28. Oktober stattfinden. Gegen 80 Angeklagte ist die Untersuchung noch im Gange.

Italien.

Der Prozeß gegen den Attentäter D'Alba.

Am Dienstag begann vor den römischen Rissen der Prozeß gegen den Attentäter D'Alba. Der Attentäter ist geständig, und nachdem man den schönen Plan, seiner Tat ein ganzes Komplott unterzuschieben, hat aufgeben müssen, begnügt man sich mit dem Verbör zweier Zeugen. Einer der beiden von amtswegen ernannten Verteidiger ist der frühere Sozialist Enrico Ferri. Er will seine Verteidigung darauf richten, den Beweis der verminderten Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zu erbringen. Da Antonio D'Alba noch nicht 21 Jahre alt ist, kann gegen ihn nicht auf die höchste Strafe, nämlich auf lebenslängliches Zuchthaus, erkannt werden. Das Maximum sind 30 Jahre. Bei einem Anschlag auf das Leben des Königs macht das italienische Strafrecht im Strafmass zwischen mißglücktem und gelungenem Versuch keinen Unterschied.

Rußland.

Die revolutionäre Bewegung bei der Flotte.

Aus Sebastopol wird gemeldet, daß gegen 150 Marinemannschaften der Schwarzmeerflotte die Anklage wegen Vorbereitung zum Aufruhr erhoben worden ist. Alle Dementis der in der Marine des Schwarzen Meeres überhandnehmenden Gärung waren also eitel Gesunster.

Gewerkchaftliches.

Ein neuer Kämpfe für die „nationale Arbeiterbewegung“.

Er nennt sich „Die Arbeiterbewegung“ und ist eine wöchentlich erscheinende Korrespondenz, aus deren Schrifteiter ein Herr Syndikus Scheidt a. Berlin zeichnet, während der Verlag nationaler Schriften, G. m. b. H. zu Essen, — im Schatten Krupps v. Bohlen und Halbach — Herausgeber ist. Bezeichnenderweise liegt der Prospekt dieser neuen Zeitschrift dem — Organ der Hauptstelle deutscher Arbeitgebervereinigungen bei. In dem Prospekt wird ausgeführt, daß die älteren, auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Arbeiterorganisationen... mit den freien Gewerkschaften der internationalen Umsturzpartei oft Hand in Hand gehen und dadurch zu deren erfolgreicher Bekämpfung unfähig sind. Es fehlt ihnen natürlicherweise heute die notwendige Stützkraft gegen den roten Verbündeten von gestern und morgen!“ So, das ist also der Dank für die christliche Streikbrecherarbeit und treue Zentrums- und Freisinnsgeselligkeit der Reichstreuen. — Dann wird die „wirtschaftsfriedliche“ nationale Arbeiterbewegung als die allein zur Bekämpfung des Umsturzes geeignete angepriesen und die Unterstützung des (der Prospekt liegt, wie gesagt, dem „Arbeitgeber“ bei) geneigten Lesers erbeten. Der Preis ist nur 5 M. pro Vierteljahr, was also rund eine Million Mark ausmachen würde, wenn die angeblich 50 000 Bezahler der Wochenschrift „Der Werkverein“ nun auch noch „Die Arbeiterbewegung“ bezögen. Aber die Schnorrerei wird angesichts der Vergeltlichkeit aller Bekämpfungsmahregeln auch den „nationalsten“ Unternehmern zu dumm werden, umfomehr, als sie sich ja sagen müssen, daß die „Arbeiterbewegung“ schon gar nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun hat.

Berlin und Umgegend.

Der neue Tarif in der Kartonindustrie.

Die in der Kartonbranche beschäftigten Rieter, Zuschneider, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter haben gestern früh die Arbeit nach fünfjährigem Streik einmütig wieder aufgenommen. Soweit bekannt wurde, erfolgte die Wiedereinstellung der Streikenden ohne wesentliche Schwierigkeiten und haben die Arbeitswilligen das Feld ihrer nützlichen Tätigkeit wieder verlassen müssen. Der neue Tarif hat bis zum 30. September 1915 Gültigkeit. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 52½ Stunden für männliche und 50 Stunden für weibliche Arbeiter. Der Minimallohn beträgt für gedübte Rieter unter 19 Jahren 26 M., über 19 Jahren 32 M., für Rieterinnen 30 M., für Zuschneider beträgt der Anfangslohn 28 M., nach einem halben Jahre 32 M., Arbeiterinnen (nicht gedübte) erhalten in den ersten drei Monaten 12 M., von 4. bis 6. Monat 14 M., von 7. bis 12. Monat 17 M., und nach dieser Zeit 18 M., Hilfsarbeiter erhalten im Alter unter 17 Jahren 12 M., im ersten Jahre 16 M., im zweiten 18 M., im dritten 20 M., im vierten 22,50 M., und nach dieser Zeit 25 M.; für Pappenträger beträgt der Lohn 27 M. — Die **Alfordpreise** erfahren für glatte Post eine Erhöhung um 10., für Reistenlatten um 5 Proz. Arbeiterinnen erhalten auf alle im Afford zu verrichtenden Arbeiten einen Zuschlag von 5 Proz. Der Vertrag regelt das Ueberstundenwesen. Hinsichtlich über den Tarif hinausgehende höhere Löhne sowie bestehende bessere Arbeitsbedingungen, die in einzelnen Betrieben früher festgelegt waren, dürfen nicht verschlechtert werden. Alle, die den im Tarif festgesetzten Lohn bereits beziehen, erhalten eine Zulage, und zwar die Arbeiter und Arbeiterinnen je 1 M., die Postzuschneider und Lohnmieter je 2 M. pro Woche. Zur Versorgung der Geschäfte des Verbandes ist es den Arbeitern gestattet, eine Vertrauensperson zu bestimmen und kann diese wegen dieser Tätigkeit nicht entlassen werden. Bei Bedarf von Arbeitskräften ist nur der Paritätliche Nachschub nachweislich für Buchbinder und verwandte Gewerbe in Anspruch zu nehmen.

Streikigkeiten über Auslegung der Bestimmungen des Tarifies sind einem aus mindestens drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern bestehenden Schiedsgericht zu unterbreiten, welches in drei Tagen entscheiden muß.

Die Arbeiter werden nun dafür zu sorgen haben, daß die neuen Bestimmungen überall strikte durchgeführt werden. Vor allem aber gilt es darauf hinzuwirken, daß bis zum Ablauf dieser Tarifperiode alle unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbande zugeführt werden. Dann wird das Unternehmertum allen berechtigten Forderungen seinen Widerstand mehr entgegenzusetzen wagen.

Achtung, Töpler! Die Resolution des Vorstandes betr. der Fensterfestunterstützung, daß nur die direkten Streikenden von den Bauten unterstützt werden sollen, ist abgelehnt. Anwesend in den Bezirksversammlungen waren 388 Kollegen. Davon haben 81 für und 317 gegen die Resolution gestimmt. Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. September 1912 bleibt es nunmehr bei dem Beschluß vom Vorjahre. Es werden also auch dieses Jahr nicht nur die direkt Streikenden von den Bauten, sondern auch alle Arbeitslosen unterstützt. Unterstützt wird aus dem Lokalfonds, wer mindestens 26 Verbands- und Lokalfondsbeiträge, respektive seit der letztbezogenen Fensterfestunterstützung wieder 26 Lokalfondsbeiträge entrichtet hat, vom vierten Tage der Arbeitseinstellung bezw. des Streikbeginns ab mit pro Woche 15 M. und pro Kind pro Tag 20 Pf. Die sofort nach beendeter Lehrzeit eingetretenen Kollegen erhalten pro Woche 10 M. Unterstützung. Den in jüngster Zeit vom Lokalfonds übergetretenen Kollegen werden die dort geleisteten Beiträge angerechnet.

Ab Dienstag, den 16. Oktober 1912 wird überall da, wo nicht alle auf dem Bau beschäftigten Töpler vor Juglust durch genügend verglaste Fenster geschützt arbeiten können, die Arbeit eingestellt. Das heißt, es muß unbedingt das Zimmer dicht sein, in dem der Töpler arbeitet, und auch die Nebenküche, wenn er von dort aus direkt Juglust belästigt wird. Provisorische Verglasung und Verschattung von Balkontüren usw. ist nur soweit zulässig, als die übliche Arbeitszeit bei genügendem Tageslicht ausgemittelt werden kann.

Die Streikenden und Arbeitslosen haben sich sofort gegen Vorzeigung des Verbandesbuchs in die Streiklisten eintragen zu lassen und müssen sich alle Tage einmal im Streikbureau im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, zur Kontrolle melden. Die Streikenden von den Bauten können sich auch durch den Vertrauensmann in die Streiklisten eintragen lassen und sich auch auf dem Bau beim Vertrauensmann zur Kontrolle melden. Der Vertrauensmann ist jedoch verpflichtet, die sich bei ihm Meldenden täglich dem Streikbureau anzugeben. Das Streikbureau ist geöffnet von 10 bis 5 Uhr. Die Streikenden und Arbeitslosen aus den Vororten Köpenick, Friedrichshagen, Spandau, Königs-Büsterhagen, Bernau, Oranienburg, Neuenhagen, Mühlenbeck und Schönwalde haben sich besondere Streiklisten ausstellen zu lassen und melden sich zur Kontrolle täglich in ihren zuständigen Arbeitslosenkontrollstellen in der üblichen Kontrollzeit. Für Potsdam-Rowanow befindet sich das Streikbureau bei Himmle in Rowanow, Wallstr. 55, und ist geöffnet von 10 bis 12 Uhr. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt des Sonnabends in der Zeit von 10 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Verbandsleitung.

Kohrerstreik in Hannover. Von der Organisationsleitung wird uns gefachrieben, daß der Streik der Kohrer nach wie vor besteht. Der Unternehmer Karl Warknig aus Hannover kam am Montag von Berlin mit drei Arbeitswilligen. Warknig kündigte bereits vorige Woche an, daß er von Berlin weitere Arbeitswillige bekommen würde; als diese nicht eintrafen, ist er selbst nach dort gereist und hat drei solcher Elemente geholt.

Berantio, Redakt.: Alfred Dielepp, Reußköln. Inzeratenteils bezahlt.

Wir erjuchen die Berliner Kollegen, strengste Solidarität zu üben und den Hannoverischen Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Hannover.

Deutsches Reich.

Ein neuer Schwindel der arbeitereindlichen Presse.

Unter der Stachmarke „Wo nicht gestreift werden darf“, veröffentlicht die Reichsverbandspresse folgende Notiz:

„Schon seit langer Zeit glauben es die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften als ihr verbrieftes Recht ansehen zu sollen, daß sie Lohnherbühnungen und Arbeitszeitverlängerungen durch Streiks zu erlangen versuchen. Der Streik wird vielfach, entgegen jeder Tarifvereinbarung, vom Jammreißer geübt, und die Gewerkschaften lassen zahlen trotzdem den Streikenden wochen-, ja monatelang Meieisummen aus, vorausgesetzt, daß in einem bürgerlichen Betriebe gestreift wird. Die ganz anders sich diese freien Gewerkschaften verhalten, wenn es in einem sozialdemokratischen Betriebe zum Streik kommt, beweist die Kaffe des Fabrikarbeiterverbandes in Nieja. Die Arbeiter der dortigen sozialdemokratischen Seifenfabrik hatten bis zum April dieses Jahres Feuererzeugungen erhalten. Die Arbeiter-Schicht hatte gerade dieses Jahr, wo die Lebensmittelpreise erheblich angezogen hatten, die Verbehalten der Feuererzeugungen von ihrer sozialdemokratischen Fabrikleitung erhofft. Weil sie sich in ihrer Erwartung enttäuscht haben, traten sie nach langen Verhandlungen Vorstellungen am 2. Juli in den Ausstand. Schwer enttäuscht haben sich aber die sozialdemokratischen Arbeiter, als sie auf Streikunterstützung rechneten. Sie blies ebenso aus, wie die vielgepredigte Solidaritätserklärung der verwandten freien Gewerkschaften. Schon nach wenigen Tagen mußten die streikenden Genossen, ohne auch nur das Geringste erreicht zu haben, in die Seifenfabrik zurückkehren. Gutem Vernehmen nach hat die „bodenlose“ Bräderlichkeit in diesen sozialdemokratischen Betrieben dadurch abermals ein Loch bekommen.“

An diesem für die Amstanten zurechtgemachten Reichsverbandschwindel ist nur das eine richtig, daß die Arbeiter der Seifenfabrik für eine längere Zeit, — die am 1. Mai d. J. ihr Ende erreicht hatte — eine Feuererzeugung erhalten haben. Alle weiteren Ausführungen sind purer Schwindel.

Streik in der Halberstädter Wärfchenfabrik von Chr. Förber, Joh. A. Waldner. Alle Bemühungen der Reichsorganisation und des Gewerkschaftslokals durch Verhandlungen eine Verständnis zu erzielen, scheiterten daran, daß die Firma jede Verhandlung ablehnte. Es haben insorgedessen 50 Gesellen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am Montag früh die Arbeit eingestellt. Als Arbeitswillige fungieren der Vermeister und einige Gelbe. Das Gewerkschaftslokal und das Bezirkssekretariat der Provinz Sachsen haben den Postofft über sämtliche Produkte der Firma verhängt. Die Löhne sind dort noch sehr niedrig. Werden doch Gesellen mit 32 Pf., Hilfsarbeiter mit 21 Pf. und Arbeiterinnen mit 12 Pf. pro Stunde entlohnt. Bei Ueberstundenarbeit wird die erste Stunde nicht vergütet.

Die Stukkateure von Hamm i. W. haben am Sonnabend einmütig die Arbeit eingestellt. Der für Hamm im Jahre 1910 abgeschlossene Tarifvertrag lief am 15. September ab. Vor dem Ablaufstermin haben bereits Verhandlungen über Erneuerung des Vertrages mit den Unternehmern stattgefunden. Diese wollten aber nur den Vertrag bis zum 31. März n. J., dem Ablaufstermin des Vertrages für das Baugewerbe, verlängern. Nach der ersten Verhandlung sind die Unternehmer dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beigetreten. Sie sollen nun jedenfalls mitbestimmen, die Bestrebungen des Bundes, im nächsten Jahre die gesamten Arbeiter des Baugewerbes auszuemporen, zu verwirklichen. Selbstverständlich haben die Stukkateure dieses Anstehen der Unternehmer abgelehnt und ihnen Forderungen auf Abschluß eines neuen Vertrages mit den letzten teuren Lebensverhältnissen entsprechender Lohnerbühnung unterbreitet. Da der Ablaufstermin des alten Vertrages keine Arbeitseinstellung brachte, glaubten die Unternehmer, die Stukkateure hätten sich ihrem Willen schweigend gefügt, und sind nun durch die plötzliche Arbeitseinstellung desto mehr überrollt und erbost. Die Bauarbeiter werden hiermit erlucht, mit dafür zu sorgen, daß der Zug von Stukkateuren nach Hamm ferngehalten wird.

Mit einer 10 prozentigen Lohnerbühnung endete nach achtstägiger Dauer der Streik der Expeditionskutscher in Graudenz.

Von den Hingebredern.

In Hätten bei Dresden sind die Arbeiter der Kunstmühle ausgesperrt. Als Ersatz verschaffte sich der Besitzer der Mühle eine Anzahl Hingebredisten, doch bald verließen acht der Arbeitswilligen die Arbeitsstätte. Die übrigen vier hatten es aber auch fast, da ihnen die 14 Tage „Arbeit“ schon zu viel waren. Nachdem sie zwei Tage nach Abreise der ersten acht das Mittagessen mitlamm dem Geschie durch die Fensterstheben auf die Straße geworfen und in der Frühstüdtube alles zerstört und volle Kästen vier Buchstäblich klein geschlagen hatten, ließ der Unternehmer sie in sein Kontor rufen, um sie nach Auszahlung des Lohnes für eine Woche im voraus zu entlassen. Damit hatte der Mühlenbesitzer bei den Hingebredisten kein Glück. Als sie erfuhren, daß sie nur noch für eine Woche Lohn erhalten sollten, zog einer der nützlichen Elemente seine Browningspistole aus der Tasche und fragte den Unternehmer, ob er nicht eine Patronen habe, damit er ihm etwas beibringen könne. Unter diesem „sanften“ Druck erhielten dann die Herren „Arbeitswilligen“ den Lohn für vierzehn Tage ausgezahlt. Sie hatten es aber nicht eilig mit der Abreise, sondern zogen den ganzen Nachmittag. Abends hatten sie kein Nachtquartier, weil sie niemand beherbergen. Kurz entschlossen verschafften sich zwei der Arbeitswilligen dadurch Eingang zu ihrer bisherigen Logierstätte in der Mühle, daß sie die Tür aufbrachen. Dem Mühlenbesitzer hinterließen sie dann noch ein Andenken in Form eines verunreinigten Bettes.

Weber die Bedrohung mit der Browningspistole, noch der Einbruch in der Mühle veranlaßte die Polizei zum Einschreiten, erst als die Streikbrecher weit vom Schuß waren, zog man Erkundigungen ein, ob die Herren bereits abgereist seien.

Dieses Kapitel diene als den Scharfmachern zur eingehenden Reflektion, die mit Hingebredern Arbeiterforderungen zu unterdrücken und die über Terrorismus der Gewerkschaften und nach mehr Arbeitswilligenschaug schreiben.

In den drei Teppichwebereien zu Delitzsch streiken 500 Schußweber wegen Nichtbewilligung gestellter Lohnforderungen.

Die Steinleger in München haben am Sonntag nahezu einmütig beschloffen, bei den zum Unternehmerverbände geböhrigen Firmen die Arbeit einzustellen. Die organisierten Unternehmer haben Tariforud auf Tariforud gehäuft, und außerdem waren sie seit Monaten bestrebt, die anfälligen Steinleger systematisch von der Arbeit auszuschieben und sich möglicherweise für nächstes Jahr eine Streikbrecherkolonne zu erzuehen. Unfruchtbarweise haben auch die fremden Arbeiter einheitsig die Arbeit mit niedergelegt. Da die Arbeiter drängen, so werden die Unternehmer verjüngen, Arbeitswillige von auswärtis heranzuziehen. Zugug ist deshalb fernzuzuhalten.

Ausland.

Die fünfstägige Arbeitswoche.

London, 7. Oktober 1912. (Fig. Ver.) Vor einiger Zeit wurde hier darauf hingewiesen, daß die Frage der fünfstägigen Arbeitswoche in der britischen Bergwerksindustrie immer mehr in den Vordergrund trete, nachdem die Minimallohnfrage der Untertags-

arbeiter prinzipiell gelöst sei. Auf der jährlichen Generalversammlung der Bergarbeiterföderation Großbritanniens, die vom 1. bis zum 4. Oktober in Swansea abgehalten wurde, gab die Forderung, für die sich schon frühere Generalversammlungen dieser Organisation mit bedeutenden Mehrheiten ausgesprochen haben, Anlaß zu einer langen und teilweise hitzigen Debatte. Früher sah man den Antrag, die Einführung der fünfstägigen Arbeitswoche für den gesamten Bergbau des Landes zu fordern, stets als eine Frage auf, deren Lösung in weiter Ferne liege, und die deshalb mit einigen Worten wie ein platonischer Wunsch erledigt werden könne. Diesmal kam es jedoch anders. Die fünfstägige Arbeitswoche wurde zum ersten Mal mit Gründlichkeit diskutiert. Weshalb dieser hitzige Umschwung eintreten mußte, wurde am besten von dem neuen Präsidenten der Föderation, Genossen Smilie, erklärt, der am Ende der Debatte ausführte, daß die fünfstägige Arbeitswoche die logische Konsequenz des Minimallohns im britischen Bergbau sei; wenn wie bei der herrschenden Produktionsanarchie in einem Revier an sechs Tagen in der Woche ununterbrochen gearbeitet werde, während die Arbeiter in anderen Revieren zur selben Zeit nur eine oder zwei Schichten in der Woche verfahren könnten, so verliere auch der höchste Minimallohn jeden Sinn. Von vielen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß man mit der fünfstägigen Arbeitswoche hauptsächlich bezwecke, die Arbeit besser zu verteilen, damit sich die Arbeiter nicht in einem Reviere abradern, während ihre Kameraden in anderen Revieren wegen Mangel an Arbeit in Schulden geraten. Andere Redner traten für die Forderung aus humanitären Gründen ein. Sie behaupteten, daß fünf Tage Arbeit in der Woche in einem so schweren und gefährlichen Beruf, wie es der Bergmannsberuf ist, gerade lang genug sei. Diese Begründung scheint für einen großen Teil der intelligenten Bergarbeiter, die sich nicht durch die Drohung, daß die Einführung der fünfstägigen Arbeitswoche ihre Löhne beeinträchtigen werde, einschüchtern lassen, ausschlaggebend zu sein. Die Opposition gegen den Antrag kam namentlich von Südwales und den mittellänglichen Revieren, besonders den kleineren. Als Hauptargument wurde angeführt, daß es ungerecht sei, die Arbeiter, die in den Hausbrandöble produzierenden Gebieten beschäftigt sind und im Sommer nur wenig Arbeitsgelegenheit haben, davon abzuhalten, in der Saison die Gelegenheit voll auszunützen. Inwiefern dieses Argument stichhaltig ist, könnte natürlich nur eine genaue Untersuchung der in den verschiedenen Revieren herrschenden Verhältnisse entscheiden; denn in anderen Revieren, wo die fünfstägige Arbeitswoche schon allgemein eingeführt ist, wird ebenfalls Hausbrandöble gegraben und die Arbeiter würden sich dort das bestehende Arbeitssystem unter keinen Umständen entziehen lassen. Allgemein eingeführt ist die fünfstägige Arbeitswoche schon in der schottischen Grafschaft Lanarkshire (seit mehr als 20 Jahren), wo gegen 40 000 Bergarbeiter beschäftigt werden, und in der englischen Grafschaft Leicestershire (seit 20 Jahren), wo 33 000 Bergarbeiter arbeiten. Die Südwaleser brachten gegen den Antrag vor, daß er sich nicht verwirklichen ließe, wenn man den Arbeitern nicht die Versicherung geben könne, daß sie in fünf Tagen ebensoviele verdienen würden als in sechs Tagen. Dagegen wurde geltend gemacht, daß man mit demselben Einwurf gegen den Achtstundentag operiert habe. Man erinnere die Südwaleser daran, daß sie vielleicht heute nach drei und zwölf Stunden arbeiten würden; wenn die Bergarbeiterföderation diesem Argument Beachtung geschenkt hätte. Der Antrag wurde mit 306 000 gegen 283 000 Stimmen angenommen. Da die Mehrheit so klein war, beschloß man eine Abstimmung vorzunehmen, ehe man sich daran machte, die Forderung praktisch zu verwirklichen. Es wird erinnert sein, daß der letzte zu Amsterdam abgehaltene internationale Bergarbeiterkongreß eine ähnliche von Großbritanniens gestellte Resolution annahm. Die beschlossene Abstimmung wird jedenfalls zu einer regen Besprechung der Frage Anlaß geben, deren Lösung für den kulturellen Aufstieg der Bergarbeiterschaft von einer kaum zu überschätzenden Bedeutung sein wird. Ob diese Lösung im Rahmen der kapitalistischen Produktionsanarchie durch Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeigeführt werden kann, ist allerdings eine schwer zu beantwortende Frage. Doch die praktische Bedeutung, die die fünfstägige Arbeitswoche in der Politik erlangt hat, gibt uns die Gewißheit, daß man in nicht allzu fernrer Zeit eine keine Revision wird vornehmen müssen an dem Bibelwort, das mit Rücksicht auf die moderne wirtschaftliche Entwicklung heißen sollte: In fünf Tagen sollst du arbeiten und alle deine Werke verrichten...

Streikruß in Konstantinopel.

Ein Zeichen der allgemeinen Not und der allgemeinen Unzufriedenheit ist der Drohschleif in Konstantinopel, der mit großer Hartnäckigkeit durchgeführt wird. Die Drohschleifer zahlen mannigfaltige Staats- und Kommunalsteuern, die ihr Budget stark belasten. Da die Munizipalität nun mit großer Strenge daran ging, die fälligen Steuern und die Steuerrückstände einzutreiben, so erklärten die Drohschleifer und die Zubehöler den Streik.

Nun zeigen sich auch eine Anzahl anderer Berufe, die mit dem Handwerk der Zubehöler mehr oder weniger zusammenhängen, ebenfalls bereit, in den Streik zu treten. Das ist nicht nur als Zeichen der Solidarität aufzufassen. Es zeigt, wie sehr die Not und die Verdrossenheit bereits in allen Berufen gestiegen ist. Vielleicht hält der Krieg noch die Leute zurück. Sonst aber fehlt nicht viel, damit eine generelle Streikbewegung um sich greift. Kein zielbewußt geleiteter Massenstreik, aber eine Streikplendie, ein allgemeines Streiken, das mit elementarer Wucht losbrechen würde.

Die Lage auf dem Balkan.

Zur Kriegserklärung.

Konstantinopel, 8. Oktober. (W. T. U.) Ueber die montenegrinische Note an die Pforte ist ergänzend zu bemerken, daß sie insbesondere darauf hinweist, die Pforte habe die Grenzfragen nicht regeln wollen.

Vorbereitungen zum Krieg.

Paris, 8. Oktober. (W. T. U.) Der Spezialberichterstatter der „Liberte“ meldet seinem Blatt aus Risak: Alle Jüge mit Ausnahme des Orientexpres verkehren nur noch bis Belgrad. Weiter abend ist der Belagerungszustand über Belgrad verhängt worden. Der Orientexpres ist von den Militärbehörden zur Beförderung von Truppen herangezogen worden und fährt nur noch mit einer Stundengeschwindigkeit von 8 Kilometern. Die Eisenbahnlinie wird von militärisch ausgerüsteten Bauern bewacht. Auf allen Chaussees bemerkt man ungeheure Wagentransporte, die zur Versorgung der Truppen an die Grenze gehen. Frauen und Kinder begleiten die andrüdenden Truppen nach den Bahnhöfen. Dennoch sei die Haltung des serbischen Volkes nicht gerade als kriegerisch zu bezeichnen, man hat sich hier vielmehr nur widerwillig mit dem Gedanken eines Feldzuges gegen die Türkei betraut gemacht.

Letzte Nachrichten.

Der Aufruf in Nicaragua.

New York, 8. Oktober. (W. T. U.) Die Amerikaner nahmen Leon in Nicaragua ein; sie hatten 4 Tote und mehrere Verwundete. Von den Aufständischen sind 50 gefallen, viele verwundet. Damit scheint die Revolution in Nicaragua niedergeworfen, inessen kam es anderweit in Mittelamerika zu Unruhen, besonders in San Salvador, wo Straßenkämpfe zwischen Anhängern der politischen Parteien stattfanden.

Gau Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Die Streikjustiz auf der Anklagebank.

Wie wir bereits unter „Lezte Nachrichten“ in unserer gestrigen Nummer berichteten, hat die Essener Strafkammer auf Strafen von 300 M. gegen den Rechtsanwalt Dr. Lehn und von je 100 M. gegen jeden der beiden angeklagten Redakteure erkannt.

Das Urteil kann trotz der formellen Beurteilung der Angeklagten nicht aus der Welt schaffen, daß tatsächlich durch die Verhandlung die Streikjustiz als eine Justiz verurteilt ist, die von den Grundsätzen der Gerechtigkeit weit entfernt ist.

Diese Tatsachen sind durch kein Urteil zu beseitigen. Die Streikjustiz hat also Klassenjustiz geübt, das Gericht hat gegen Arbeiter, gegen Streikende ein anderes, härteres Maß angewendet als gegen Nichtstreikende bei ähnlichen Delikten.

Die Essener Richter sind dennoch zu einem die Angeklagten verurteilenden Erkenntnis gelangt, weil sie den Angeklagten imputierten, diese hätten ausgedrückt, was sie nicht gesagt oder geschrieben haben, was aber mißverständlich von Zuhörern oder Lesern ihrer Ansichten

in ihre Äußerungen hineingelegt sei, nämlich daß die Richter bewußt Recht zum Unrecht, Unrecht zum Recht gemacht hätten. Das Gericht rechnet also mit hinrissigen Zuhörern oder Lesern. Denn der Begriff der Klassenjustiz widerspricht der Möglichkeit einer solchen Annahme.

Das Urteil des Essener Gerichts, beruht ferner darauf, daß dem Angeklagten der Schuß des § 198 Str.-G.-B. verlagst ist. Sehr zu Unrecht. Von allen anderen Gründen abgesehen: Der § 198 erstreckt für strafrechtlich tabuläre Urteile über wissenschaftliche Leistungen. Ein Urteil ist eine wissenschaftliche Leistung, auch wenn es irrig oder ungerecht ist.

Das Reichsgericht dürfte schwerlich das widerspruchsvolle Urteil bestätigen.

Achter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, 7. Oktober 1912.

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurde am Montag vom ersten Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Schiffer, in Anwesenheit von etwa 200 Delegierten, die 300 000 Mitglieder vertreten, eröffnet.

Als Vertreter von Behörden sind erschienen Geheimrat Regierungsrat Sieffart vom Reichsamt des Innern, gleichzeitig als Vertreter des Reichslängers, Geheimrat Schnippe vom sächsischen Ministerium des Innern, Geheimrat Oberregierungsrat Hübnert von der sächsischen Staatsregierung, der katholische Bischof Schäfer, Dresden.

Grunde wird man gegen die neuartige Verwertung des spiritistischen Doppelgängermotivs nichts einzuwenden haben. Für einen fahrenden Musikanten vom Schläge des Komödientendens Mattel, den alle Welt als Geigerkönig verhimmelt, liegt es ja ziemlich nahe, sich auch einmal als leidenschaftlichen Selbstmörder zu gerieren.

Sündige Ehepaare werden freilich mit ziemlicher Berechtigung behaupten, daß Adolf Paul nur altbekannte Gasenwahrscheinlichkeiten vorträgt, die er vorzog, in ein paradoxes Sprachgewand zu kleiden, um den trügerischen Schein von originaler Paradoxität zu verbreiten.

Charlottenburger Schillertheater: „Flachsman als Erzieher“ von Otto Ernst.

Der fünfzigste Geburtstag Otto Ernsts, des früheren Hamburger Volkshullehrers und Dichters, den viele „Vorwärts“-Leser aus seinem Remus Semper-Nomina lieb gewonnen haben, wurde im Schillertheater mit der Aufführung seines Volksstückes „Flachsman“ feierlich begangen.

abgeordneten Mitglied M u m m. Der Vorsitzende der National-liberalen Reichstagsfraktion Wasser mann entschuldigt in einem Schreiben, daß er nicht selbst kommen könne und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg.

Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

Die Bewegung sei ein großes Stück auf dem Gebiete innerer Geschlossenheit vorwärts gekommen. Wie hätte sie sonst die Stürme anlässlich der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung sowie den sozialdemokratischen Verdrängungskampf unter der Anschuldigung der „Rechtswegentwendung“ sowie endlich den jahrelangen systematischen Verdrängungskampf der Berliner katholischen Fachabteilungen nicht nur glänzend überstehen, sondern auch zu ihrem Vorteil wenden können.

Im Anschluß an seinen Bericht äußert sich Generalsekretär Stegerwald auch über die augenblickliche Teuerung: Die von der Reichsregierung angeordneten Maßnahmen seien ungenügend. Die Einfuhr ausländischen Fleisches sei unbedingt erforderlich.

rufenen Erziehern die Schule verlassen, und ihrem ganzen Anhang von Leisetretern, Strebern und Gefühlskünstlern grimmig ins Gesicht. Man spürt dabei den Pädagogen, nicht nur in dem gerechten Zorn, auch in der Art, wie er das, was er sagen will, den Hörern repetierend, an eigens angefertigten Modellen immer wieder demonstrierend, in die Köpfe hämmert.

Herr William G a g e l i n, der junge, noch nicht recht routinierte Darsteller des Fortschrittsmanns, setzte sich mit übergeugtem Eifer für die Rolle ein. Harry Förster gab ein mit sicherem Blick erfasstes und durchgeführtes Konterfei der Flachsman'schen Niedertracht und Arielei.

Notizen.

— Musikchronik. Raoul von Kozjakoff's erster Chopin-Quintett-Abend findet Mittwoch, 8 Uhr, im Konzertsaal der Kgl. Hochschule für Musik statt.

— Berliner Festsachen-Pläne. Der Berliner Sommer bietet den Vergnügungspululanten nicht genug Betätigung. Damit das Geschäft der Fremdenindustrie gehoben werde, muß etwas geschehen.

— Eine deutsch-dänische Luftpост wird von der deutschen Postverwaltung geplant. Eine solche Verbindung würde besonders im Winter, wenn die Eisverhältnisse den Dampfschiffverkehr hindern, erhebliche Bedeutung haben.

Kleines feuilleton.

Der Ruf nach dem Wendarmen. Im Pariser Herbstsalon sind etliche „substantive“ und „futuraistische“ Gemälde und Plastiken ausgestellt, die beim Publikum Kopfschütteln oder auch Heiterkeit hervorrufen, aber einen Pariser Gemeinderat namens Lamoué in eine schreckliche Aufregung versetzt haben.

Ein Schiff mit gläsernem Kiel. Auf einer der Schiffswerften am Delaware River in Pennsylvania wird demnächst ein für die Ozeanfahrt bestimmter Dampfer vom Stapel gelassen werden, der insofern ein Novum des Schiffbaues bildet, als sein Boden aus Kristallkristall, d. h. aus Spiegelglas besteht.

Theater.

Neue Freie Volkshöhne (im Neuen Volkstheater): Die Doppelgängerkomödie von Adolf Paul. Warum beschränkte man uns dies Fastnachtsspiel nicht lieber während der Fastnachtszeit, die ihm ungezwungenerweise eine närrische Rolle gegeben hätte!

Kassen nur mit Haft oder Geldstrafe geahndet werden. Wie selbst können doch nicht dafür eintreten, daß diese Bestimmungen noch verschärft werden. Wir würden uns schließlich selbst damit treffen und das Aufwärtsstreben der christlichen Arbeiter hemmen. (Sehr richtig!)

Redner geht dann zur Besprechung der vorliegenden Anträge über und bemerkt dazu, daß die christlichen Gewerkschaften der Einführung einer Volksversicherung näherzutreten werden, da die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ihren Beschluß auf Einführung einer Volksversicherung nur erreichen wollen, auf Umwegen auf dem selben Wege vorzubringen. Wir werden diese Sache eventuell noch mit anderen Instanzen gemeinsam weiterverfolgen. (Lebhafter Beifall.) Dem Antrag auf Herausgabe einer allgemeinen christlichen Jugendzeitung können wir nicht näherzutreten, denn wie die Dinge heute liegen, kann auf die Tätigkeit der konfessionellen Jugendvereine und ihrer Zeitschriften nicht verzichtet werden.

Im das mal großes Beifall aufgenommenes Referat des Generalsekretärs Stegerwald schloß sich eine lebhafte Diskussion. In derselben verliest J. m. b. u. S. Essen einen Geheimlaß des Regierungspräsidenten Kruse in Düsseldorf zugunsten der gelben Vereine unter lebhaftem Hört! Hört! und Plurufen der Versammlung. Regierungspräsident Kruse fördert die gelben Gewerkschaften, die eine nationale Gefahr sind. Allerdings erschien dieser Herr weder bei der Hauptwahl zum Reichstag noch bei der Stichwahl am Wahltag, obgleich ein Sozialdemokrat mit einem nationalliberalen Kandidaten in Stichwahl stand. (Hört! Hört!) Wie hebt sich davon das Verhalten des Reichstags, der Staatsminister und Staatssekretäre in Berlin ab, die den bürgerlichen Kandidaten in Berlin I zum Siege verhalfen. (Beifall.) Dieser Regierungspräsident hat auch die Heranziehung des Militärs beim Streik im Ruhrrevier unterlassen, obgleich er mit den Schutzleuten allein uns nicht vor dem sozialdemokratischen Terrorismus schützen konnte. (Hört! Hört!) Wäre das in ganz Preußen so gewesen, dann hätte der sozialdemokratische Terrorismus gesiegt. Wir sind aber trotzdem gegen weitere Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen. Die zum Teil geradezu angestrichelichten Urteile, die noch dem Streik im Ruhrrevier gefällt wurden, beweisen, daß die jetzigen Machtmittel des Staates absolut ausreichen.

Bei der Abstimmung über die Anträge zum Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes wird der Antrag der internationalen Handlungsgewerkschaften zugunsten der Sonntagruhe angenommen. Der Antrag Kagen, der Einführung einer Volksversicherung näherzutreten, wird angenommen, ebenso ein Antrag Schwerin, der die vorbereiteten Mitglieder aller angeschlossenen Verbände verpflichtet, ihre in der Zigaretten- oder Zigarettenindustrie beschäftigten Frauen und Töchter dem christlichen Zigarbeiterverband zuzuführen. Abgelehnt wird ein Antrag Wüchsen, das Centralblatt der christlichen Gewerkschaften" sobald als möglich alle acht Tage erscheinen zu lassen sowie ein weiterer Antrag Wüchsen auf Gründung einer für alle Verufe geeigneten Jugendzeitung. Zwei weitere Anträge Wüchsen, die sich auf die Stellung des Verbandes gegenüber den kaufmännischen Organisationen und gegenüber der Dienstbotenorganisation beziehen, werden gleichfalls abgelehnt. Einige weitere Anträge, die sich auf die Errichtung von Sekretariaten beziehen, werden dem Ausschuss überwiesen.

Es folgte das Referat des Generalsekretärs Stegerwald Köln über die

Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart.

Es wird dazu einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die christlichen Gewerkschaften sind aus sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands einerseits und aus dem Begehren der deutschen Arbeiterbewegung andererseits hervorgegangen. Sie verkörpern nicht die Emanzipationsbewegung einer Lohnarbeiterklasse nach allen Richtungen, sondern haben gleich bei ihrer Gründung ihre Aufgaben und Bestrebungen auf ein Teilgebiet begrenzt: die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgeber bei der Gestaltung und für die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses und was damit zusammenhängt. Die sozialdemokratische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steck ihre Ziele weiter. Eine Arbeiterbewegung, die in Deutschland sich auf die Dauer neben der Sozialdemokratie behaupten will, muß der weitreichendsten sozialdemokratischen Gedankenwelt eine andere ebenso umfassende Gedankenwelt entgegenstellen. Also bedarf die christliche Gewerkschaftsbewegung einer Ergänzung. Diese ist in Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse nur möglich dadurch, daß sich die Arbeiter zur Pflege ihrer staatsbürgerlichen und sittlichen Ideale ohne Unterschied des Berufes in konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen zusammenschließen, während die wirksame Sektendmachung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter einen umfassenden Zusammenschluß auf beruflicher Grundlage erfordert, was eine Trennung nach Konfessionen ausschließt. Soll in Deutschland eine nicht sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Faktor im Gewerbe sein und sich gegenüber den harten neutralen Arbeitgeberverbänden durchsetzen, so kann sie sich nicht auf die Anhänger einer Partei oder auf die Mitglieder einer Konfession beschränken. Der Kongress christlicher Gewerkschaften tritt daher in Sachen des Gewerkschaftsrechts den Erklärungen des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 2. und 19. Juni 1912 in allen Punkten bei und erklärt, die Organisationsform und der Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 16-jähriger Praxis bewährt. Die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in Zukunft in den bisherigen bewährten Bahnen.“

Die einstimmige Annahme dieser Resolution wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und die Weiterverhandlungen auf Dienstag vertagt.

Dresden, den 8. Oktober 1912.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage sprach Redakteur J. F. v. W. Labbach über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den neueren Auseinandersetzungen über

Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.

In der Diskussion sprechen zu diesem Thema Reichstagsabg. Giesberts-Essen, der Bergarbeitervertreter Hermann J. m. b. u. S. und der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes Wiedner.

Nach längerer Debatte wird ein Schlusssatz angenommen, der damit begründet wurde, daß man doch mit theoretischen Erörterungen zu keinem praktischen Resultat komme; es sei schade um die Zeit für solche theoretischen Diskussionen. Das Ergebnis der Debatte wird vom zweiten Vorsitzenden, dem Reichstagsabgeordneten Wehrens, dahin zusammengefaßt, daß die Auffassung nicht aufgenommen dürfe, als ob der Kongress die Arbeit der Kathedersozialisten, die in der Gründung des Vereins für Sozialpolitik ihren Höhepunkt gefunden habe, nicht genügend würdige, wenn auch in einigen Einzelpunkten Differenzen mit der neueren Entwicklung der Nationalökonomie bestehen. Eine Resolution könne nicht vorgelegt werden, da die ganze Frage noch nicht genügend geklärt sei. Die Debatte und die Referate sollten lediglich eine Einführung in die Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaftstätigkeit und der Rücksichtnahme auf die nötigen Bedürfnisse der Industrie darstellen. Darauf wird nach kurzer Debatte folgende Resolution

Konsumvereinsfrage

angenommen:
1. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisationen. Während letztere eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder anstrebt, hat erstere den Zweck, das Einkommen konstant zu gestalten.
Die Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung ist besonders für die Arbeitererschaft in der jetzigen Zeit der Teuerung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse eine unabweisbare Notwendigkeit geworden. Des weiteren zwingt auch die Arbeitererschaft zur regen Teilnahme an der Konsumgenossenschaftsbewegung, das lebhaftest Bestreben des privaten Kapitals auf allen Gebieten Preisconventionen zu errichten.

Nur durch den Einfluss der Konsumgenossenschaften sind solche Preisconventionen auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung hintanzu zu halten.

Auf Grund dieser Erwägungen empfiehlt der christliche Gewerkschaftskongress allen Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, den Konsumgenossenschaften als Mitglieder beizutreten.
2. Der Kongress erklärt es als selbstverständlich, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nur solchen Konsumvereinen angehören und beitreten, die einem Verbands angeschlossene sind, der für die Neutralität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die vollste Gewähr bietet. Als solchen bezeichnet der Kongress den Verband westdeutscher Konsumvereine Rülheim-Rhein. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine Hamburg kann als solcher schon wegen der engen Koalierung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nicht in Frage kommen.

Darauf wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen, Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Zum Fall Hildebrand.

Die „Münchener Post“ schreibt:
„In einer sonderbaren Betrachtung über den Ausschluß des Genossen Hildebrand erinnert Karl Rautsky an den Fall Friedeberg, dessen Ausschluß ihm weit peinlicher berührt habe als der Hildebrand. Trotz aller Sympathien für den verdienten Friedeberg, mußten wir ihn ausschließen.“ Und Friedeberg habe auch nie „wehleidig über unsere Intoleranz gejammert.“ Rautsky ist peinlich von Vorgängen berührt, die — niemals eingetreten sind. Friedeberg ist nämlich gar nicht ausgeschlossen worden. Die Partei hat damals, was ihr selbstverständliches Recht war, seine anarcho-sozialistischen, antiparlamentarischen Anschauungen mißbilligt. Friedeberg ist dann, teils wegen dieser Mißbilligung, teils deshalb, weil er sich anderen Lebensaufgaben zugewendet hatte, aus der Partei freiwillig ausgeschieden.
Mit diesem Präzedenzfall ist es also nichts.
Wenn in dieser Sache etwas „sonderbar“ ist, so ist es die Art und Weise, in der die „Münchener Post“ ihre Leser über Parteiangellegenheiten zu unterrichten beliebt, und zwar nicht nur im Falle Hildebrand. Tatsache ist, daß am 25. September 1907 ein Schiedsgericht stattfand, dessen Ergebnis der Ausschluß Friedeberts war.
In dem Urteile des Schiedsgerichts heißt es zum Schluß wie folgt:
„Wenn K. Friedeberg diese Grundsätze (des Anarcho-sozialismus) zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Schiedsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine persönliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bedauert, das verbindende Band mit ihm durchschneiden zu müssen, so muß es doch erklären, daß Friedeberg durch diese Erklärung ausgeschieden hat, Sozialdemokrat zu sein und nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden kann.“
Friedeberg ist dann konsequenter und Uardensender gewesen als Hildebrand; er hat sich mit dem Spruche der ersten Instanz abgefunden und hat nicht erst noch den Parteitag als Richter angeufen.
Der Vollständigkeit halber seien noch die Namen der damaligen Schiedsrichter hier angeführt; es waren die Genossen Vorkum, Gehrmann, Rautsky, Kräfer, Legien, Möbus und Stadhagen.
Es stimmt also schon mit dem Präzedenzfall, und die „Münchener Post“ hat in ihrer Polemik gegen Rautsky, wie gewöhnlich, unrecht.

Die württembergische Landtagsfraktion und das Königshoch.

Unser Stuttgarter Parteiblatt bringt einen, offenbar von einem Mitglied der Landtagsfraktion herrührenden Artikel über die Auflösung des Landtages. Darin heißt es:

„Mit dem unvermeidlichen Hoch auf den König fand der Altseiner Abgang. Die bürgerliche Presse scheint sich der Hoffnung hinzugeben, neue Differenzen in unseren Reihen hervorzurufen zu können mit der Feststellung, daß die Sozialdemokraten während der Schlüssigen im Saal geblieben seien und sich miterhalten hätten. Unsere Parteigenossen haben sich nicht anders verhalten als bei früheren Schlüssigen. Die Wahl des Ständigen Ausschusses schon verpflichtet sie zur Anwesenheit. Die rasche Entfernung in der Sekunde, die zwischen der Verkündung des Wahlergebnisses und den Schlusssätzen des Präsidenten liegt, ist schon aus räumlichen Gründen ausgeschlossen und bei der gegebenen Situation politisch nicht notwendig. Darüber hat es bisher nur eine Meinung in unseren Reihen gegeben und dabei wird es bleiben.“
Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ bemerkt hierzu:

„Die Haltung unserer Genossen im Landtage während des Hochs auf den König erregt allgemeines Befremden und wird von der bürgerlichen Presse in durchsichtiger Absicht für ihre Zwecke gegen unsere Partei auszunutzen versucht. Wir enthalten uns einstweilen jeder Bemerkung und erwarten, daß unsere Landtagsfraktion eine offizielle Darstellung dieser Angelegenheit der Öffentlichkeit unterbreite.“

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages durch ihr Verhalten beim Königshoch in Widerspruch gesetzt hat mit der Parteidogma und dem Empfinden der übergroßen Mehrzahl unserer Parteigenossen. Ihr Verhalten muß nach den Erörterungen des Chemnitzer Parteitages über bössische Zeremonien erst recht provokatorisch wirken. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Zeit mehr haben, vor einer monarchischen Kundgebung den Saal zu verlassen, so werden sich die bürgerlichen Abgeordneten damit abzufinden haben, daß unsere Vertreter fehlen bleiben. Nachdem die bürgerlichen Parteien auf dieses Empfinden keine Rücksicht haben und wir keinen Anlaß, ihnen gegenüber besonders zartfühlend zu sein.

Totenliste der Partei.

In Lüneburg starb am Dienstag im Alter von 79 Jahren die jedenfalls älteste deutsche Parteigenossin, die Frau des dortigen Reichstagsabgeordneten Theodor Schwarz. Die Genossin Schwarz hat 47 Jahre lang an der Seite ihres Gatten gelebt und ist ihm in allen diesen Tagen eine verständige Gefährtin gewesen, die seinen Bestrebungen und Kämpfen für die Arbeitererschaft nicht nur Interesse entgegenbrachte sondern wader an seiner Seite mitfocht. Seit dem Verlehen des Sozialdemokratischen Vereins in Lüneburg gehörte sie dieser Organisation an und ist stets ein eifriges Mitglied gewesen. Auf fast allen nationalen und internationalen Kongressen der Sozialdemokratie, zu denen unser Genosse Th. Schwarz delegiert war, sah man auch die Genossin Schwarz. Die sich hohen Ansehens in weiten Kreisen der Partei erfreute. Nun hat ein sanfter Tod ihrem langen arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt. Die Arbeitererschaft Lüneburg trauert an der Waise einer treuen, opferwilligen Kämpferin, deren Andenken sie stets in Ehren halten wird.

Genosse Kinkel in Göttingen

ist von der Landtagskandidatur, die ihm durch Mehrheitsbeschluß der Bezirkskonferenz übertragen war, zurückgetreten, nachdem in dem Befehdungsverfahren, das er gegen das Parteimitglied Julius Bräuner angestrengt hatte, Freisprechung des Angeklagten erfolgte. Kinkel hat gegen dieses Urteil Verurteilung eingelegt. Da aber auch die Berufung Kinkels gegen seine Ausweisung als Stranzenlistenkontrolleur schwebt und damit zu rechnen war, daß die Gegner diese schwebenden Streitverfahren in der bevorstehenden Landtagswahl persönlich ausschalten würden, hat Kinkel die Kandidatur niedergelegt. Es ist zu hoffen, daß nunmehr die Genossen des Göttinger Bezirks, die binnen kurzem einen neuen Kandidaten ausstellen werden, einmütig den Wahlkampf aufnehmen und siegreich durchführen werden.

Sozialistische Einigkeit in England.

Aus dem im „Labour Leader“ veröffentlichten Protokoll der letzten Vorstandssitzung der J. L. P. ergibt sich, daß das Internationale Sozialistische Bureau die Abhaltung einer Einigungskonferenz zwischen Vertretern der J. L. P., der Fabian Society und der U. S. P. angeregt hat. Der Vorstand der J. L. P. hat in seiner Antwort dem Gedanken einer Konferenz zugestimmt und vorgeschlagen, daß sie die Form einer Unterredung über die Möglichkeit der Einigung nehme und von jeder der drei Organisationen mit je sechs Delegierten besetzt werde.

Aus der bulgarischen Partei.

Der 19. Partei- und Gewerkschaftskongress der sogenannten „engherzigen“ Richtung der Sozialdemokratie Bulgariens fand vom 15. bis 18. August alten Datums statt. Es waren vertreten 92 Sektionen der Partei mit 2023 Mitgliedern, 22 Arbeitervereine oder Gewerkschaftssektionen mit 5050, 64 Lehrersektionen mit 1049, 18 Naantengruppen mit 208, Bildungsbereine mit 136, acht Jugendsektionen mit 300 und fünf Studentevereine mit 110 Mitgliedern. Bei den letzten Wahlen erhielten die Kandidaten der Partei 14 200 Stimmen gegen 2000 im Jahre 1908. In Provinzialverwaltungen sitzen 11, in Stadtvorordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen 52 Vertreter der Partei. (Dem Parlament gehört nur der „weitberzige“ Sozialist Saloffo an.) Die „Arbeiterzeitung“, das offizielle Organ der Partei und Gewerkschaften, erscheint seit diesem Jahre täglich, allerdings nur mit Ausbittung großer Opfer. Es hat eine Auflage von 7100 Exemplare bei 6000 Abonnenten. Das wissenschaftliche Organ, „Die Neue Zeit“, hat 1500 Abonnenten. Nach Erledigung der Berichte wurden die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen erledigt, bei denen zum ersten Male die Proportionalwahl angewendet wird. Beide sozialistische Parteien hoffen auf eine große Anzahl von Mandaten. Der Parteitag nahm auch gegen die Kriegsfrage energisch Stellung.

Personalien. Zum zweiten Parteisekretär für den Wahlkreis Vodem-Gelsenkirchen wurde Genosse Jos. Windau aus Zeitz gewählt, der dort bisher am „Vollsbote“ als Berichterstatter und Akquisiteur tätig war.

Genosse Hans Deifel, bisher Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, ist Sonntag aus dem Oberfelder Gefängnis entlassen worden, wo er 6 1/2 Monate hat zubringen müssen. Er tritt am 1. November als Sekretär des Konsumvereins „Unterweser“ in die Dienste der Genossenschaft.

Genosse Ray, der bisherige politische Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ in Kottbus, ist aus der dortigen Redaktion ausgetreten, in der er fünf Jahre tätig war.

Genosse A. Rudolph, der seit sieben Jahren Parteisekretär für den Bezirk Frankfurt a. M. ist, übernimmt die Stelle eines leitenden Redakteurs an der „Weimarschen Volkszeitung“ in Jena.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preussische Pressefreiheit.

Auf Grund des § 130 des Str.G.B. ist gegen unser Waldenburger Parteiblatt, die „Schlesische Wergwacht“, Anklage erhoben worden. Der angegebene Paragraph stellt unter Strafe das öffentliche Anreizen verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten. Dieser Tatbestand wird in einem Artikel gefunden, der sich mit der Teuerung und den allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in unserem Vaterlande beschäftigt. In dem Artikel wird der Regierung vorgeworfen, daß sie das Volk unter einem stuppelosen Steuersystem auspreisse, es stellenweise der Verelendung entgegenführe und mit den so gewonnenen Steuergroschen den Militarismus und einzelne bedrohtigste Kosten im Staate unterstütze. Den Arbeitern werde das gesetzlich gewährleistete Mittelrecht geraubt und ihnen mit brutalen militärischen Nachmitteln gedroht. Auf diese Weise über tragen die Regierung und die herrschenden Klassen das meiste zur Schärfung der Klasseengegensätze bei und die Folge müsse nicht nur eine Schärfung des Klassenkampfes, sondern auch eine Schärfung des revolutionären Willens der Massen sein, die zuhause zu ändern. Am Schluß des Artikels werden die Arbeiter aufgefordert, nun auch ihrerseits alles daran zu setzen, um in den Köpfen der uns noch fernstehenden Proletarier das revolutionäre Bewußtsein und den Willen zur Wessergestaltung der Verhältnisse zu wecken.

Das, was hier gesagt worden ist, ist doch schon so offi bekundet worden ohne daß ein Staatsanwalt einschritt. Wenn hier schon in der Revolutionierung der Köpfe“ eine Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten erblickt wird, so ist das charakteristisch für unsere Rechtschaffenheit und Meinungsfreiheit. Es scheint, daß man wegen der Ausrichtslosigkeit einer neuen Umsturzbiloge es mit dem gemeinen Recht verjucken will.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf um die Haut.

Unter den Nebenprodukten des Fleischergewerbes spielt die Haut der geschlachteten Tiere eine große Rolle. Mit der aufblühenden Lederindustrie gewonnen die Helle stark an Wert. Die Fleischer begannen daher seit Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts den Verkauf der Hante zu organisieren und nicht mehr einzeln die Helle an Zwischenhändler loszuschlagen. Die Ochsenmehgerinnung in Wachen richtete als erste besondere Hanteauctionen ein. Vom Westen Deutschlands griff diese Art des Verkaufes, wobei natürlich wesentlich höhere Preise erzielt werden konnten als beim Einzelverkauf, auf ganz Deutschland über. Im Interesse der Käufer (Händler, Gerber, Lederfabrikanten) lernten die Fleischer die Hante sorgfältiger behandeln, um aus dieser Qualitätsverbesserung selbst Vorteile zu ziehen. Die Folge davon sind Preissteigerungen um das Doppelte und Dreifache geworden. Man schätz den Jahresumsatz der auf Auktionen verkauften Hante auf 120 bis 125 Millionen ein.

Zur besseren Ausnutzung der Marktlage taten sich sowohl Käufer als Verkäufer in besonderen Organisationen zusammen. Die Fleischer gründeten den „Verband der deutschen Häuteverwertungsvereinigungen“ und die Händler, Gerber, Lederfabrikanten und Kaller den „Verband der Interessenten am Häuteeinkauf“. Um an einzelnen Orten entstehende Differenzen über abweichende Verkaufsbedingungen zu regeln, traten beide Verbände gemeinsam zu Komitee zusammen und verabredeten dort gleiche Verkaufsbedingungen für die angeschlossenen Verwertungsvereinigungen. Diese „Kaffeler Bedingungen“ wurden zu stillschweigenden Regeln bei den Hanteauctionen überhaupt. Ganz schloffen sie trotzdem nicht Differenzen zwischen Käufern und Verkäufern aus; und so ist kürzlich ein erneuter Konflikt zwischen den beiden Gruppen entflanden, der zur Aufhebung der Häuteauktionen geführt hat.

Bei der Verarbeitung des rohen Kalbsleders stellen sich nachträglich Helle ein, deren Entstehung die Fabrikanten auf die Behandlung der Helle durch die Fleischer zurückführen. Für diese erst später entstehenden Salzflecken forderten nun die Käufer das Recht der Reklamation und Preisermäßigung. Im Gegenzug zu einigen anderen Verwertungsvereinigungen bestritt die in Rannheim stiftete ein solches Recht, worauf die Käufer sich weigerten, Kalbsfelle auf Auktionen zu erstehen. Der Verwertungsverband belegte nun den ganzen Käuferverband mit dem Votum für sämtliche Waren, so daß auch Ochsen-, Kuh- und Stierhäute nicht mehr an organisierte Käufer abgegeben wurden. An die Forderung der Salzfleckenentschädigung knüpfte er dazu noch etliche andere Forderungen. Wenn der Rohstoff aufgehoben werden sollte. Diesen Schritt beantwortete der Käuferverband seinerseits mit dem Votum der Verwertungen, und so sind seither Auktionen nicht mehr zustande gekommen. Inzwischen haben mehrfach Verhandlungen zwischen beiden Organisationen stattgefunden; sie blieben aber ergebnislos. Die Häuteverwertungsvereinigungen (Fleischer) hielten nun am 2. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, auf weitere Verhandlungen mit der Käuferorganisation zu verzichten. Die Form der Auktionen soll überhaupt beseitigt werden. Die Vereinigungen dürfen vielmehr freihändig verkaufen; eventuell

Soll eine neue Verkaufsanstalt ins Leben gerufen werden. Die ...

Dieser Schritt ist auch tatsächlich von einzelnen Hantebewer...

Zur Finanzlage Serbiens und Griechenlands.

Die letzte Uebersicht, die ein klares Bild von der Finanzlage Serbiens...

Aus aller Welt.

Königsorgen in Kriegzeiten.

Auf dem Balkan ziehen sich die Kriegswolken immer drohender...

König Georg von Griechenland hat am 3. d. M. das Imperialino...

Wenn man was Dummes spricht...

Wir lesen in der „Pfälzischen Post“: Ort der Handlung: Ab...

Plötzlich rückt der eine unruhig hin und her, die Falten auf der...

Plötzlich springt er auf. Ein Fluch (wie unchristlich!) entringt sich...

Der andere hat erstaunt zugehört. Endlich wagt er zu...

„Das Saublatt!“ knurrt der Angeredete. „Laum sagt man einmal was Dummes, steht es auch schon drinnen!“

Damit aber auch die Trümmer des Blattes nicht mehr Schaden...

Das er Dummes jagt, wird nun niemand mehr lesen. Gott sei Dank!

Der Prozeß gegen die Polizeimörder.

In New York begann, wie uns ein Telegramm meldet, am Montag...

Der Liebhaber in Nöten.

Eine tragische Geschichte, wie man sie sonst nur im Theater...

haber auf dem Sofa flüchtet in Widerselle in den Kleider...

Das nackte Modell in der Redaktion.

Ganz Rom lacht über ein Abenteuer à la Boccaccio, das sich im...

Kleine Notizen.

Jugendlicher Defraudant. In Raibe (Saale) erhob der siebz...

Niederfall auf eine Kontoristin. Auf dem Marktplatz in Lodz...

Selbstmord eines Gymnasiasten. In einem Hotel in Frankfurt am...

Unterschlagungen auf einer Feste. Auf der Feste Rheinpreußen...

Witterungsübersicht vom 8. Oktober 1912.

Table with weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. Oktober 1912.

Zeitweise etwas neblig, vormittag heller und trocken, nachts aber...

Wasserstands-Nachrichten.

Table showing water levels at various locations like Remel, Regell, and others.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1239.

Donnerstag, den 10. Oktober 1912, abends 6 Uhr:

Versammlung

im 16. und 17. Bezirk beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Rundschleifer

im großen Saale der Vorkbrauerei, Chauffeestraße 64.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dreher in den Berliner...

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung...

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Achtung! Holzindustrie! Achtung! Kollegen Packer, Hausdiener, Lagerarbeiter usw. aus den...

Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Arbeitsnachweis der Verwaltung II, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, 1. Seitenst. III.

Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zur Bewegung in der Goldleisteindustrie.

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung...

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert hübsche Wohnungeinrichtungen...

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer

(E. D. Nr. 2, Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.

Freitag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung in Stettin.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. Z. H.: Richard Schröder, Berlin O., Lüster Str. 7, vorn IV.



Überall zu haben in großen Dosen à 20 Pf. Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen beim Alten Freund.

Neues Tonkünstler-Orchester

Dirig. Franz Hoffelder. Tel. Moritzpl. 13568. Dresdener Str. 82/83. Tel. Moritzpl. 13568.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Teile dem geehrten Publikum und Nachbarnschaft mit, daß ich unlä...

Achtungsvoll. F. Tiedemann, Vorhaben-Rummelsburg, Kantstraße 47.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Dem geehrten Publikum und Nachbarnschaft zur Nachricht, daß meine...

Achtungsvoll. Louis Hebler, Nichtenberg, Pfarrerstr. 36.

Rosenthaler Hof

Rosenthaler Str. 11/12. Inh. Otto Schilling. Telefon: Amt N. 2438.

Sämtliche Räume renoviert. 9 Vereinszimmer, Regelbahn, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen.

Die Pflege eines gesunden Knochenbaues darf bei Säuglingen nicht vernachlässigt werden...

Stavistr. 39-32

1- bis 2-Zimmer. Wohnungen mit und ohne Bad. elektr. Nachtbeleuchtung...

Verwalter Meyer.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Verein
I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Freitag, den 4. Oktober,
verstarb unser Genosse, der
Schuhmacher
Karl Rauchstädt
(Voppelallee 81).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. Oktober,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Halle des Weidemanns-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen-Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/20 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Remmacher
Oskar Fell
Kuffenstr. 21
am 6. Oktober an Gehirn-
erweichung.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 9. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Weidemanns-Kirchhofes in
Dahlemburg aus statt.

erner starb unser Mitglied,
der Söbber
Bernhard Golembiewski-Wildau
am 7. Oktober an Lungenerkrankung.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Weidemanns-Kirchhofes in
Dahlemburg (Kreis Teltow) aus
statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
125/18 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Metallschleifer Berlins
und Umgegend.
(Kranken-Unterstützungs-Verein.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Metallschleifer
Wilhelm Stalp
im Alter von 41 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. Oktober,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Halle des St. Thomas-Friedhofes
in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
7435 **Der Vorstand.**

Verband
der Schneider und Schneiderinnen
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß der Kollege
Thomas Woyda
am 7. Oktober er. im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Friedrichs-Friedhofes in Weihensee,
Hörststraße, aus statt.
164/16 **Die Ortsverwaltung.**

Sonntagabend verstarb mein
Schwiegervater
Wilhelm Werner.
Beerdigung Donnerstag 7 1/2 Uhr
abends Friedhof Wälderstraße.
Freunde und Bekannte, sowie
Mitglieder des Gesangsvereins
"Liberté" treffen sich Wälder-
straße 124a.
Um Beteiligung bittet
7806 **Fritz Retslag.**

Dankfagung.
Für die mir von allen Seiten be-
wiesene herzliche Teilnahme sowie für
die reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau und
guten Mutter sagen wir hiermit allen
Freunden und Bekannten, insbeson-
dere dem Reichthümer-Königreich, dem
Vorstand der Zentralvereinsstelle der
Maurer usw. und den Genossinnen
und Genossen des Wohlvereins (Be-
gierk 12, Neukölln) unseren herzlichsten
Dank.
1191
Otto König und Tochter.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, besonders dem
Deutschen Bauarbeiterverband für
die letzte Anrede meinen besten
Dank.
22a **Frau Gurski** nebst
Kind.
Dankfagung.
Für die aufrichtige Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
Johann Kossack
sage ich allen Freunden und Be-
kanten sowie den Kollegen der
Schultheiß-Brauerei (Abt. II) und
dem Gesangsverein "Sangeslust III"
Tempelhof meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
5496 **Grete Kossack.**

Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung des Schloßers
Willi Köllner
sagen wir allen Kollegen, insbeson-
dere der Firma Blume unsern aufrichtigsten
Dank.
37a
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Walter Köllner.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres Vaters, sagen
wir allen Freunden und Bekannten,
sowie dem Gesangsverein, dem Verband
der Stupper-Gewerliche und den Kollegen
unserer herzlichsten Dank.
741b
Wwe. **Anna Kropp**
nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 1-7. Sonntags 10-12, 2-4

Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach auswärtig. Prospekt gratis.
Karl Borbs, Berlin 31
Neue Königstrasse 35.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.
1000
Ulster | Kostüme | Plüschmäntel
In allen Größen und Weiten
aus meinen gewaltigen Lägern zusammengestellt,
offeriere ich bis Saisonabend als
besonders günstiges Angebot
12-18-24 | 15-20-25 | 30-36-50
32-36-40 | 32-39-48 | 65-75-90
Kleider, Röcke, Blusen, Pelzkonfektion
ganz billig!
Meine Fabrikate empfehlen sich selbst!
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.



Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gebrock-Anzüge 70, 80, 36 M
Smoking-Anzüge 80, 90, 40 M
Frack-Anzüge 90, 80, 40 M
Beinkleider 18, 15, 8 M.
Fertige schwarze Kleidung
für Knaben und Jünglinge
in größter Auswahl !!
Feine Maß-Anfertigung
in ca. 10 Stunden !!
Baer Sohn
Kleider-Werke.
Chausseestraße 29-30,
11, Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter str. 29,
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Möbel-Magazin
C. Zergiebel,
Berlin, Pfälzer Str. 130.
Spez.: Einrichtungen klein u. mittl.
Wohnungen. Zeitgahlung gestattet.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hochelegant Genrez. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Idealprikett der Zukunft
Michel
Großes 7" Format, frei Gelass
jeder Etage, M. 8,25 pro 1000,
ersten Schichtenberger Marken
voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1610.

Konsum-Verein für Tegel und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Aktiva.	Bilanz per 30. Juni 1912.	Passiva.	
Raffa-Konto	11 416,22	Geschäftsteil-Konto	17 835,95
Bank-Konto I.	538,25	Reservefonds-Konto	4 563,72
Bank-Konto II.	661,97	Dispositionsfonds-Konto	45,06
Darlehens-Konto	71 953,60	Sparfonds-Konto I.	67 894,45
Stammanteils-Konto	2 804,75	Sparfonds-Konto II.	13 772,28
Grundstücks-Konto	3 927,50	Sparmarken-Konto	286,75
Baren-Konto	38 885,24	Dauanteils-Konto	41 100,-
Inventory-Konto	17 529,01	Schuldens-Konto	15 529,14
Maschinen-Konto	3 630,34	Bewirt. u. Verlust-Konto	227,72
Einrichtungs-Konto	3 697,19		
Debitoren-Konto	4 947,67		
Verbindungs-Konto	741,38		
Anteil-Konto "Freie Scholle"	112,35		
Gesamts-Konto	210,-		
Summa	161 055,47	Summa	161 055,47

Tegel, den 24. August 1912.
Der Vorstand:
Max Nichtenberg, Hugo Köbber, Friedrich Hille.
Die Richtigkeit der vorstehenden Bilanz und deren Uebereinstimmung
mit dem ordnungsmäßig geführten Büchern bestätigt
Der Aufsichtsrat:
Barndt, Bielas, Günther, D. Herold, Wassa, Duade, Itz.
Mitgliederbestand am 1. Juli 1911 1503
Eingetreten 347 1850 Mitglieder
Ausgeschieden durch Verzug, Aufkündigung usw. 108
Bestand am 30. Juni 1912 1742 Mitglieder
Die eingezahlten Geschäftsguthaben der Mitglieder be-
trugen am 1. Juli 1911 16 200,14 M.
Die eingezahlten Geschäftsguthaben der Mitglieder be-
trugen am 30. Juni 1912 17 635,85 M.
Die Kasssumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1911 1 685,21 M.
" " " " 1. Juli 1912 45 090,- M.
" " " " 30. Juni 1912 52 200,- M.
105/19 **Wichtigste** 7 170,- M.

VERA
3 Pfg.-
Cigarette
Josefelli



Ziehung unwiderruflich am 12. Oktober.
Los nur 50 Pfennig
Automobil- und Pferde-Lotterie
des Schneidermähler Luxuspferdemarktes
3302 Gewinne im Gesamtwert von
4 Equipagen u. 45 Pferde im Werte von **100 000 M.**
3202 Silbergewinne im Werte von **55 000 M.**
1 Automobil im Werte von **20 000 M.**
1 Automobil im Werte von **15 000 M.**
Lose 50 Pf. - 11 Lose wertlos ausverkauft
H.C. Kröger, Berlin W 8, Friedrich-
straße 193 a
Telegr.-Adresse: „Goldquelle“

Ohne jede Anzahlung
PIANOS erstklassiges (9 x prämiert Staatsmedaille, in
:: Fabrikat :: allen Holz- und Stilarten, von wunder-
barer Tonfülle (Flügelton)
sowie **Flügel** und **Harmoniums**
gegen kleine monatliche Teilzahlung. - Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Auch Sonntags geöffnet.
Ecke Kurfürsten-
straße, im einon.
Geschäftshaus.
Tel. Ch. 10 410.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schick, sauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Maritz Laband,**
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börs.)
Reparaturen. Spez.: Un-
erlässlich saubere Renur
für Schüller. Tonverbesser-
ung, auf Wunsch auch Leiche-
rung, die dem alt-italienischen Tone
die dem alt-italienischen Tone
die dem alt-italienischen Tone
die dem alt-italienischen Tone
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau
in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

Knorr
Keine moderne Küche
ohne
Knorr-Suppen
und Bouillon-Würfel



Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Die Arbeitgeberwahlen zum Gewerbegericht

finden bekanntlich am Freitag, den 15. November, statt. Für diese Wahlen der Arbeitgeber sind Wählerlisten aufgestellt worden, die

vom Freitag, den 11. Oktober, bis einschließlich Donnerstag, den 17. Oktober d. J., an den Wochentagen während der Dienststunden von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr in dem Wahlbureau, Poststraße 16 II - Zimmer 57 - zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Alle in die Listen eingetragenen Arbeitgeber werden vor dem Beginn der Auslegung der Listen eine besondere Nachricht über die erfolgte Eintragung erhalten. Diejenigen Arbeitgeber, denen eine solche Nachricht nicht zugeht, sind in die Wählerlisten nicht eingetragen und demnach von der Wahl ausgeschlossen. Falls sie sich jedoch für wahlberechtigt erachten und ihr Wahlrecht ausüben beabsichtigen, müssen Anträge auf Nachtragung während der Auslegezeit gestellt werden, denn Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten, insbesondere wegen nicht erfolgter Eintragung, sind während der Auslegefrist schriftlich anzubringen oder in der Auslegezeit zu Protokoll zu erklären.

Als Arbeitgeber im Sinne der §§ 8 und 9 des Ortsstatuts gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter (Gesellen, Fabrikarbeiter, Lehrling) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresverdienst an Lohn und Gehalt 2000 M. übersteigt. Hausgewerbetreibende wählen und sind wählbar als Arbeitgeber, wenn sie gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, andernfalls als Arbeitnehmer.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, 3. Abteilung: Mittwoch, den 9. Oktober: Zahlabend der gesamten 3. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr: Zahlnacht.

Donnerstag, den 10. Oktober, früh 7 1/2 Uhr: Zahlmorgen. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre rückständigen Beiträge zu ordnen. Verlesung der Restantenliste. Ausgabe der Parteitagprotokolle.

Alle drei Veranstaltungen bei Witwe Augustin, Drannenstr. 103. Dritter Kreis, Abteilung 9. Für die Bezirke 243, 244, 245, 246, 247, 248 findet heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal I, ein gemeinschaftlicher Zahlabend statt. Vortrag des Stadtv. Adolf Ritter.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß sich die Sektion der Taubstummen aufgelöst hat. Die Bezirksführer werden deshalb ersucht, die Beiträge taubstummer Parteigenossen von jetzt ab wieder in den Zahlabenden entgegenzunehmen. Der geschäftsführende Ausschuss.

Fünfter Kreis, 6. Abteilung. Große Hamburger Str. 18/19, Verbandshaus der Gastwirtsgesellschaften: Vortrag des Genossen Robert Dreher über: Aus dem roten Hause. Anfang 9 Uhr.

Johannisthal. Heute Mittwoch, den 9. Oktober, pünktlich 8 1/2 Uhr abends: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Arbeiterheim, Friedrichstr. 61. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Referent: Genosse Wödem.

Stralau. Der heutige Zahlabend des 3. Bezirks findet gemeinsam bei Steinide, Alt-Stralau 3, statt. Tagesordnung: 1. Neugestaltung der Zahlabende. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Klosterhof. Der Zahlmorgen findet Donnerstag, den 10. Oktober, vormittags 10, im Jugendheim, Bismarckstr. 11, statt. Kaulsdorf. Heute, Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Böben: Mitgliederversammlung. Es stehen wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung. Die Bezirksleitung.

Schwandorf-Schmiedewitz. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Wittes Waldhölzchen: Mitgliederversammlung. Gäste und Frauen willkommen. Der Vorstand.

Reuthen-Miersdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute Mittwoch, den 9. Oktober, in Miersdorf bei Krüger statt. Der Vorsitzende.

Röpenitz. Umstandshalber findet der Zahlabend der Reichsstadt am Donnerstag, den 10. d. Mts., in dem bekannten Lokal statt.

Bernau. Donnerstag, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Vor der Versammlung werden Beiträge kassiert. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Waldfrage für Groß-Berlin

soll in der zu Montag einberufenen Versammlung des Zweverbandes verhandelt werden. Zunächst soll nur im Prinzip über den Umfang des zu erwerbenden forstwirtschaftlichen Waldgebietes beschlossen werden. Die Preisfestlegung soll späterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben. Wir haben schon dargelegt, in welcher raffinierten Weise der forstwirtschaftliche Unterschied macht zwischen Bauland und Danerwald und dementsprechend die Preise festlegt.

Insgesamt hat der Fiskus 8827 Hektar als Dauervwald und 2873 Hektar zu Baulandpreisen angeboten. Der Zweverband wird kurzum die seine Rechnung des fiskalischen Angebots und will sich selbstverständlich gerade diese Flächen sichern, die der Fiskus für sich abgetrennt hat. Interessant sind aus den Zahlen des Uebersichtsbogens folgende: In der Regel-Schulzendorfer Forst hat der Verband 107 Hektar, 55 Hektar und 54 Hektar Waldflächen für den Verkauf bestimmt, die der Fiskus für sich reservieren wollte. Darin ist auch das Jagen 86 bei Regelort enthalten, für dessen Erhaltung der Verband märkischer Touristenvereine petitionierte. Im Norden bei Schönwalde hat der Zweverband ebenfalls ein größeres Gebiet

für sich in Anspruch genommen, die Partien am Mühlenbender See sind zu Baulandpreisen angeboten, ebenso ein 621 Hektar großes Gebiet, das aber der Verbandsauskunft nicht für nötig erachtet. Vom Grunewald hat der Fiskus 3000 Hektar angeboten, der Verbandsauskunft wünscht aber noch weitere 230 Hektar von Hefendorf bis Hundeshöhe, 80 Hektar zwischen Eichlamp und Bahnhof Grunewald und 91 Hektar am Gregorplatz Eichlamp. Von der Potsdamer Forst bei Wannsee-Altenriede will der Ausschuss außer den vom Fiskus angebotenen 543 Hektar noch 85 Hektar bei Kolonie Wannsee, 61 Hektar am Griebnitz- und Stolper See und 40 Hektar bei Koblitzsee und am Pohlsee erhalten wissen. Bei Steinflächen-Neubabelsberg will der Ausschuss außer 90 Hektar angebotenen Wald weitere 60 Hektar erhalten. 560 Hektar von Wäthemar bis Ahrensdorf, die der Fiskus zu Baulandpreisen anbietet, erachtet der Ausschuss nicht als notwendig. Das vom Lehnitz, Jungfern- und Sakrower See umspülte Waldgelände schlägt der Ausschuss zur Erhaltung auf längere Zeit vor.

Im Osten sind es die Köpenicker Forsten, die auf der Karte in viele bunte Felder zerfallen und wo der Fiskus sich gerade die Randblößen sichern bezw. sie zu Baulandpreisen veräußern will. Am Bahnhof Nieder-Schöneweide wünscht der Ausschuss weitere 40 Hektar zu erhalten, 90 Hektar sind ihm zu Wald, 25 Hektar zu Baulandpreisen angeboten; in der Köpenicker Heide beansprucht der Zweverband 200 Hektar, in den Wäldern bei Grünau 161 Hektar und 50 Hektar. Am Langen See hat der Fiskus dem Verbands 565 Hektar mit Ausnahme der Seeufer zugewiesen. Am Zehnener See kommen 343 Hektar in Frage; in den Müggelbergen bietet der Fiskus 100 Hektar zu Wald, 37 Hektar zu Baulandpreisen an, ebenso an der Großen Krampe 65 Hektar zu Baulandpreisen und den Waldhölzchen von der Krampenburg bis zum Jagen 102 (97 Hektar) zu Waldpreisen.

In der Dahlemer Forst zwischen Seebin-See und Große Krampe sind 686 Hektar zu Waldpreisen und 410 Hektar zu Baulandpreisen angeboten. Bei Hirschgarten sind 155 Hektar angeboten, der Ausschuss wünscht weitere 88 Hektar, verzichtet dafür auf 17 Hektar Bauland, ebenso auf 138 Hektar Bauland im Norden der Dahlemer Heide. Hier sind 798 Hektar angeboten, zu denen 200 Hektar weitere, vom Ausschuss gewünschte Flächen kommen. Schließlich sind in der Forst zwischen Rahndorf und Woltersdorf 302 Hektar vom Fiskus als Dauervwald vorgelesen und 114 Hektar als Bauland, der Ausschuss macht auf weitere 160 Hektar Anspruch.

Die Berliner Feuerwehr alarmiert die Öffentlichkeit. Montagabend beschäftigte sich eine Generalversammlung des Feuerwehrmännervereins mit den Maßnahmen des Polizeipräsidenten. Etwa 300 Feuerwehrmänner waren anwesend. Die Erregung war groß. Die Redner gaben einmütig der Meinung Ausdruck, daß weder der Polizeipräsident noch der Branddirektor das Recht hätten, den Feuerwehrleuten den Austritt aus dem Verein zu befehlen. Bald tausend Mann gehören dem Feuerwehrmännerverein an, und sie entlassen, ließe Berlin ohne Feuerwehr stehen. Synodus Dr. Feder kennzeichnete das Vorgehen der Abteilung als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Berlinern und als Ungeheuerlichkeit. Er erklärte, wer von den Feuerwehrmännern eine Erklärung unterschreibt, daß er dem Verein nicht mehr angehören will, der sei an diese Erklärung nicht gebunden. Kein deutsches Gericht werde eine solche Erklärung anerkennen. Schließlich empfahl Dr. Feder den Vereinsmitgliedern, auf ihrer Austrittserklärung ausdrücklich zu vermerken: „Der Austritt erfolgt auf Verstoß des Polizeipräsidenten“. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die am 7. Oktober versammelten 300 Mitglieder des Vereins Berliner Feuerwehrmänner sprechen sich dahin aus, daß der Verein stets entsprechend seiner vom Kgl. Polizeipräsidentium genehmigten Satzungen gehandelt und keine Veranlassung gegeben hat, daß seine Mitglieder zu dem sie finanziell und ideell schwer schädigenden Austritt veranlaßt werden. Sie werden daher in aller Kameradschaft dem Vereine treu bleiben und sich nicht durch widerrechtliche Drohungen zum Austritt zwingen lassen.“ Weitere Generalversammlungen werden stattfinden, um auch den übrigen Mannschaften Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Aus der Leichenkammer einer Privatklinik. In Dr. L. Meyers Klinik (Königinstr. 35) wurde kürzlich die Leiche eines dort verstorbenen Patienten von seinem Vater in einem Zustande vorgefunden, wie man ihn kaum für möglich halten sollte. Als der Vater in der Klinik die Einsegnung seines Sohnes bewirken wollte, mußte er sich in den Hausflur begeben, wo die Leiche verwahrt wurde. Hier lag in einem als Leichenkammer hergerichteten Raum auf einer Weiche, die mit dem Hemd bedeckt und mit einem Laken zugedeckt lag, die noch ungewaschen war. Im Gesicht war sie beschmutzt mit Blut, das anscheinend aus der Nase geflossen war, und auch der Hinterkopf lag in heruntergefallenem Blut. Schon der Sarglieferant, der noch vor dem Vater den Keller betreten hatte, war erstarrt über das, was sich ihm da bot. Mehr noch entsetzte sich der Vater, als er den toten Sohn in diesem Zustand antraf. Auch andere Personen, die sich in der Begleitung des Sarglieferanten und des Vaters befanden und gleichfalls die Leiche sahen, schüttelten dazu die Köpfe. Bei näherer Bestätigung ergab sich, daß in der Leichenkammer sogar Ungeziefer hauste, das über die Leiche hinwegkriechte. Vier Personen haben und übereinstimmend angegeben, daß sie „Schwaben“ auf der Leiche bemerkt hätten. Der Sarglieferant und der Vater ließen sich von der Portierfrau eine Schüssel Wasser geben und reinigten selber die Leiche, von der sie das schmutzige Hemd herunternahmen. Dem Vater soll, als er sich in der Klinik beschwerte, geantwortet worden sein, einen besonderen Leichenbediener habe man nicht.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Chauffeur Otto Schneider aus der Wilhelmshäuser Str. 69, der am Sonntagnachmittag an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mit einem anderen Automobil zusammenstieß. Bei dem Anstoß wurde Sch. von seinem Eigenschaft und trug einen Schädelbruch und innere Verletzungen davon. Der Verunglückte fand im Krankenhaus Westend Aufnahme, wo er gestern an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Straßenbahnunfälle. Am Montagnachmittag verfuhr der 77jährige Privatier Wilhelm Luge vor dem Hause Berliner Str. 92 in Panik ummittelbar vor einem von Berlin kommenden Straßenbahnwagen der Linie 49B das Gleis zu überqueren. Obwohl der Fahrer des Zuges nach Kräften dremste, wurde der Greis umgestoßen und geriet unter den Vorderpertron. Er erlitt eine klaffende Schädelwunde, innere Verletzungen und eine Verletzung der rechten Hand. In beklammertem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus geschafft, nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation Notverbände angelegt worden waren. Beim Fortgehen eines fahrenden Straßenbahnwagens kam der Kaufmann Ad. Dänne schwer zu Schaden. Er wollte gestern gegen 8 Uhr morgens an der Ecke der Köpenicker und Adalbertstraße einen Wagen der Linie 88 während der Fahrt besteigen, glitt jedoch ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels und erhebliche Hautabschürfungen davontrug. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Eine freudige Überraschung im tiefsten Leid wurde gestern einer Mutter zuteil, deren Tochter fälschlich totgelagt worden war. Bei einer Zimmervermieterin in der Lützowstr. 61 erschien am 24. v. Mts. ein Mädchen, das sich Kassiererin Mary Diege nannte und ihr Alter auf 30 Jahre angab. Sie hat die Vermieterin, sie nicht bei der Polizei anzuzeigen, weil sie schon am 1. Oktober wieder wegzog, um mit ihrem Bräutigam, einem Koch, nach Danzig zu fahren. Im Laufe der Tage litt die Mieterin wiederholt an heftigen Krampfanfällen. Am Ersten hat sie um die Erlaubnis, noch einen Tag zu bleiben, weil ihr Bräutigam noch nicht alles geregelt habe. Am nächsten Morgen bekam sie wieder Krämpfe und starb trotz ärztlicher Hilfe, die ihre Wirtin vom Elisabeth-Krankenhaus herbeirief. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schanhauser Friedhof. Im Nachlaß der Toten fand man jetzt eine Invalidenkarte auf den Namen der Kassiererin Martha Tieg. Man wandte sich nach Frau Tieg, um die Persönlichkeit zu ermitteln. Es ergab sich, daß dort auch jetzt noch die Eltern der Kassiererin Martha Tieg wohnen. Die niederschütterten Leute wunderten sich, daß ihre Tochter in Berlin gestorben war und konnten sich das gar nicht erklären, weil sie bisher in Hannover in Stellung gewesen war und von einer Ueberstellung nach Berlin nichts hatte verlauten lassen. Frau Tieg fuhr in Trauerkleidung mit zwei nahen Verwandten nach Berlin nach der Lützowstraße. Unterdessen war die Leiche nach dem Schanhauser Friedhof gebracht. Als die Frau dorthin kam, wurde die Leiche gerade obduziert. Erst nachmittags konnte der Tiestrauenden, die ohne Unterbrechung weinte und schluchzte, die Leiche gezeigt werden, und da ergab sich, daß es gar nicht die ihrer Tochter, sondern die eines unbekanntem Mädchens war. Wie die Verstorbene in den Besitz der Invalidenkarte der Kassiererin in Hannover gekommen ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern mittag gegen 1/2 Uhr auf dem Hause Wilhelmstr. 68 ab. Dort war der Klempner Karl Weichs aus der Kreuzbergstr. 45 damit beschäftigt, die Dachrinne zu dichten. Hierbei glitt er plötzlich aus und rutschte vom Dach herunter. Es gelang ihm noch, die Dachrinne zu fassen. Andere Dacharbeiter warfen ihm ein Seil zu, doch konnte er nicht auf das Dach gezogen werden. Eine ganze Zeitlang mußte der Unglückliche so hängen zum Entsetzen der Menschenmenge, die sich inzwischen angesammelt hatte. Erst der Feuerwehrgang es, den Erschöpften aus seiner gefährlichen Lage zu befreien.

Der rätselhafte Leichenfund am Bahndamm bei Oppeln ist soweit aufgeklärt, daß ein Verbrechen, das zuerst von den Polizeibehörden angenommen wurde, ausgeschlossen erscheint. Die Obduktion hat keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß beim Tode der Buchhalterin Frida Thiele aus Neudöhlen, um die es sich, wie jetzt festgestellt, bestimmt handelt, eine dritte Person mitgewirkt hat. Auch die Nachforschungen am Fundort und die Ermittlungen, die die hiesige Kriminalpolizei hier angestellt hat, haben ergeben, daß allem Anschein nach ein Unglücksfall oder ein Selbstmord des jungen Mädchens vorliegt. Die Leiche wurde deshalb auch von der Polizei zur Beerdigung freigegeben. Der Mann, der mit der Buchhalterin auf dem Örtlicher Bahnhof gesehen worden ist, ist, wie festgestellt werden konnte, nicht mit dieser abgefahren, sondern hier geblieben. Das Mädchen ist anstatt nach Halle, nach Oppeln gereist. Hier ist sie mehrere Tage umhergeirrt, da sie sich im Zustand einer seelischen Depression befand. Das wahrscheinlichste ist, daß sich das Mädchen auf den Bahnkörper gelegt hat, um sich von einem Juge überfahren zu lassen. Sie ist aber nur von der Lokomotive erfasst und beiseite geschleudert worden, ohne dabei tödliche Verletzungen erlitten, vielmehr nur die Bestimmung verloren zu haben. Die Wunden waren aber dennoch so groß, daß sie, weil sie längere Zeit dort gelegen hat, an Verblutung gestorben ist.

Aufruf an alle Arbeitersportvereine!

Der Turnverein „Fichte“ und der „Freie Ruderbund“ in Berlin beabsichtigen eine Einrichtung ins Leben zu rufen, an welcher sämtliche Arbeitersportvereine, gleichviel welcher Sportart, teilnehmen sollen. Es werden die betreffenden Vereine gebeten, ihre Adressen behufs Einberufung einer demnächst stattfindenden Versammlung an den Genossen F. Wegener, Berlin NO. 18, Aniprodstraße 11/12, einzusenden.

Der unsichtbare Mensch im Zirkus Schumann. Die Entwicklung des Zirkus zu einem Theater in gewaltigen Dimensionen, wo unerschöpflich großartige Schauspiele mit viel hundert Mitwirkenden die Zuschauer Masse fesseln, ist ein Zeichen der Zeit. Das kann man gegenwärtig bei Schumann wahrnehmen. Die moderne Technik vollbringt Wunder über Wunder. Schon die Feuerfontäne Wasser und Flammen gleichsam in brüderlicher Umarmung werfen zu sehen, ist ein Schauspiel von stunnernder Pracht! Und erst das Drama „Der unsichtbare Mensch“. Vor einigen Jahren veröffentlichte der englische Romanchriftsteller Wells einen ungeheuer interessanten Roman gleichen Namens, worin er halb grotesk, halb tragisch die Erregungseigenschaften der modernen Physik-Chemie im Zukunftsgebilde personifiziert. Dies Unsichtbarkeitsproblem, das ja schon in alten Sagen und Mären von der „Taschlopp“ vorweggeahnt und gebildnet wurde, hat sich nun der Schriftsteller Hans Heinz Ewers für ein indisches Schauspiel zu nutzen gemacht. Von weither sind zwei Menschen - Bruder und Schwester - zum Tempel des Schiva gekommen, hier den Gott um Schutz und Segen zu bitten. Weil der Jüngling es unterläßt, dem Maharadscha (Großkönig), der gerade zum Tempel zieht, den Ergebenheitsgruß zu bieten, wird er von diesem ausgestoßen; während die Schwester, von seiner Seite gerissen, dem Fürsten als Geliebte folgen muß. Ein Paria ist der Jüngling geworden; niemand darf mit ihm verkehren, niemand ihm Trank und Speise oder Obdach gewähren. Eine mittelindische Tempelzüngerin, die dennoch dem in Stanz Geworfenen eine Wasserflasche reicht, wird für ihr Vergehen zum Feuertode verurteilt. Verzweifelt irrt der Ausgestoßene im Dickdunge umher. Zufällig kommt er hier Hugin, einem Heiligen, nahe, der da schon seit dreihundert Jahren lebt. Dem sagt er sein Leid, dem schreit er seinen Schmerz um den Verlust der Schwester ins Herz. Wie soll er Rache nehmen? Allein Hugin wehrt Rat und Hilfe. Er gibt dem Paria seinen Wanderstab, der, an die Stien gelegt, unsichtbar macht. Und jetzt vollbringt der Ausgestoßene sein rachsüchtiges Rächemerk. Wennend der Bruder, Ströme Blut bezeichnen seine Spur - bis zur Kesslung des Fürsten. Gerade wollte man die Tempelzüngerin in den Feuerkuchen der Göttin Kali werfen. Über siebe da: die Priester nebst den zu Hilfe eilenden Kriegern stürzen zu Boden, von der Hand des Unsichtbaren niedergemetelt, der die Tänzerin rettet. Unterdessen gibt der Maharadscha in seinem Palast ein prunkvolles Fest, um seine Vermählung mit des Parias schöner Schwester zu feiern. Wie aber der Bruder auch an ihm Rache nehmen will, da offenbart sich ihm das Verberglück der Weiden. Er macht sich wieder sichtbar und gibt sich nun selbst den Tod. Erschüttert läßt der König den Palast anzünden - und alle, alle werden vom Flammenmeer begraben. ... In nie gegebener Pracht entrollt sich dieser ganze Brand vor den Augen der Zuschauer. Alle Künste, die das Theater im Kleinen notwendig hat, sind hier zu gewaltiger Einheit gesteigert, um Triumph zu feiern, von denen die Zirkuskunst bisher sich nichts hat träumen lassen!

Beugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 18. Juli auf dem Bahnhof Eichbornstraße ein Mann zwischen Treibrett und

Wahrscheinlich gequält wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Albin Ritter, Berlin N. 20, Koloniestr. 67, einzufenden.

Feuer bei der A. E. G. Gestern morgen zwischen 9 und 10 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Turbinenfabrik der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft in der Guttenstr. 12-16, Ecke Verlingensstraße, gerufen. Dort war auf bisher nicht ermittelte Weise in einem Keller ein größerer Posten Isoliermasse in Brand geraten. Es gelang die Gefahr innerhalb einer halben Stunde zu beseitigen. Der angerichtete Schaden ist nicht allzu erheblich.

Ein schwerer Unglücksfall trug sich am Dienstagmittag auf der Spreeinsel beim Einrücken der Pfähle zu. Während des Mannens Sprang der auf dem Pfahl angebrachte eiserne Ring plötzlich ab und schlug dem dabei stehenden Bauarbeiter Winkler mit so gewaltiger Wucht an den Kopf, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davontrug. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Vorort-Nachrichten.

Tempelhof.

Der Tempelhofer Gemeindevertretung, deren Taten in sozial-politischer Beziehung rühmlich bekannt sind, ist in bezug auf die zu treffenden Maßnahmen gegen die Teuerung mit besonderem Wohlwollen zu begegnen. Während kleinere Gemeinden bereits in den Vorjahren eingriffen, glaubte die Mehrheit der hiesigen Gemeindevertreter noch heute, nichts versäumt zu haben. Der Bürgermeister befand sich selbst, daß die Preise für Lebensmittel in Tempelhof zum Teil höher sind als in Berlin und Umgebung, ohne daß hierfür ein Grund ersichtlich sei. Gleichwohl zeigte die Vertretung keine Lust, das Versäumte nachzuholen. Aus all den Reden der bürgerlichen Herren ging hervor, daß man sich nicht mit großen Mitteln in das Geschäft zu stürzen brauche. Bei dem Kauf des Feldes war es freilich anders. Hier, wo es sich nur darum handelt, einige tausend Mark auszugeben, da werden alle Register gezogen, um die Notstandsaktion möglichst lange hinauszuziehen. Nachdem der Bürgermeister auf die Entwicklung des Seefischgenusses eingegangen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß in nicht allzu ferner Zeit die Preisdifferenz zwischen Fisch und Fleisch keine große mehr sein würde, schlug er vor, 3000 M. zur Verfügung zu stellen. Im übrigen soll an dem gemeinsamen Einkauf mit Berlin teilgenommen und die Fische mit einem geringen Aufschlag verkauft werden. Ueber die Regelung des Verkaufes konnte noch nichts festgelegt werden. Genosse Schmidt nahm Gelegenheit, auf die Unabhängigkeit der Gemeinde Tempelhof auch in dieser Beziehung hinzuweisen. Als er gar bemerkte, daß selbst das kleinere Mariendorf das Doppelte in Ansatz gebracht, weitergehende Vorschläge besprochen, mindestens 10000 M. als Betriebskapital gefordert und eventuell auch eine Kaminchen- und Schweinezucht in Frage gezogen habe, kam der größere Teil der Herren aus der Heiterkeit nicht mehr hinaus. Dr. med. Richter erklärte sich zu der Behauptung, eine Fleischteuerung existiere in diesem Jahre überhaupt nicht. Auch entspräche es nicht den Tatsachen, von einer Unterernährung des Volkes zu sprechen, dies sei Unsinn! Es sei nicht nötig, daß der Arbeiter alle Tage Broten esse. Noch weniger Fleisch und noch mehr Kartoffeln sei vom ärztlichen Standpunkt aus gesünder! Namentlich für die ärmeren Klassen, fügte er ergänzend hinzu. Dem Gen. Müller, der mit diesem neuen Messias abrechnete, und dem Rufe der Arbeiter nach mehr Fleisch Geltung zu verschaffen suchte, rief er dagegen: „Mehr Schnaps!“ Dabei ist es Herr Richter gewesen, der selbst als Arzt bei der Kritik über die Verweigerung der Schulaulen anlässlich der hygienischen Vorträge kein Wort der Fürsprache fand. Ueber den vom Genossen Müller gestellten Antrag, wegen der herrschenden Teuerung an den Runderat und Reichstag zu petitionieren, hielten die Herren nicht für nötig, erst zu debattieren. Die Forderung, sofort eine größere Summe bereitzustellen, um auch andere Lebensmittel einzukaufen zu können, fand bei keinem der bürgerlichen Zustimmung. So zog sich denn die Debatte über eine Stunde lang hin. Dr. Richter hat, die Debatte abzubringen und zu der vom Direktor Gröfel vorgeschlagenen und aus den Herren Dr. Richter, Direktor Gröfel und Rentier Mehner bestehenden Kommission Vertrauen zu haben.

Von anderen Verhandlungsgegenständen sei die Teilung einer Klasse an der Luise-Henrichs-Schule und die damit verbundene Anstellung einer Hilfslehrerin erwähnenswert. Die Klasse zählt jetzt 60 Schülerinnen. Ebenso wird am 1. April 1913 eine neue Oberlehrer- und eine Turnlehrerstelle am Realgymnasium errichtet. Von unseren Genossen wurde der Wunsch ausgesprochen, auch bei den Volksschulen auf einen geprüften Turnlehrer Rücksicht zu nehmen. Eine Antwort hierauf wurde nicht erteilt. — Für Erweiterungsarbeiten auf dem Gemeindefriedhof, Abteilung für Kindergräber, wurden 1000 M. bewilligt. — Die Baukommission wurde um zwei Herren vermehrt. Genosse Schmidt regte an, neben der jetzigen Bau- noch eine Straßenausschuss zu wählen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. — Bei dem Erlaß einer Drohkübelverordnung, die sich der für Berlin und Umgebung anlehnt, brachte Dr. Richter Vorschläge über unvorchristlichmäßiges und schnelles Fahren in der Berliner Straße, namentlich beim Bahnhof, zur Sprache, und bot, diese Uebeltätigkeiten zu beseitigen. Der Vorsitzende bemerkte, daß Strafangelegenheiten eigentlich noch zu viel eingehen; sie hätten eher zu als abgenommen.

Schöneberg.

Die neu errichtete Männer- und Frauenabteilung des Arbeiterturnvereins Schöneberg turnt jeden Montag, Dienstag und Freitag von 8 1/2-10 1/2 Uhr abends in Rihles Festhallen, Demerowstr. 18. Alle Freunde der Turnerei sind zum Besuch der Turnstunden eingeladen.

Friedenau.

In unserem sonst so gemüthlichen Dorparlament ging es in der letzten Sitzung zuweilen stürmisch zu. Der Gemeindevorstand hatte einen schwarzen Tag. Keiner seiner Anträge fand Annahme. Der erste derselben, der von dem Direktor der höheren Mädchenschule Herrn Hannemann begründet wurde, bezweckte den Ausbau der „Königin-Luise-Schule“ in ein Oberlyceum resp. eine Mädchenmittelschule. Der Antrag lautete:

1. Die Gemeindevertretung erklärt sich grundsätzlich mit der Errichtung eines Oberlyceums (d. h. von drei wissenschaftlichen Fortbildungsklassen und einer Seminarabteilung) und einer Mädchenmittelschule, die beide mit dem Lyceum organisch vereinigt sind, einverstanden.
2. Ds. 1913 wird die dritte Klasse des Oberlyceums eröffnet.
3. Nach Fertigstellung des neuen Schulbaues für die Gemeindefeldschule, als vornehmlichster Ehen 1914, werden die untersten vier Klassen der Mädchenmittelschule eingerichtet.
4. Diese Mittelschule wird im Gemeindefeldschulhaus in der Meingaustraße untergebracht.
5. Das Bauprogramm für das neue Gemeindefeldschulhaus wird entsprechend geändert, d. h. es wird angenommen, daß 23 Gemeindefeldschulklassen im Schulbaue in der Meingaustraße bleiben.
6. Das Schulgeld für Schülerinnen des Oberlyceums wird festgesetzt auf 140 M. für Einheimische und 200 M. für Auswärtige.
7. Das Schulgeld für die Mädchenmittelschule beträgt für Einheimische 60 M., für Auswärtige 100 M.
8. Für das Oberlyceum werden 5 Proz. Freistellen gewährt.
9. Für die Mittelschule von der sechsten bis zur ersten Klasse werden zehn Freistellen für jede Klasse bewilligt.

Dieser gewiß wichtige Antrag war den Gemeindevorstand zwei Tage vor der Sitzung gestellt worden. Eine Kostenaufstellung für das ganze Projekt hatte man überhaupt für überflüssig gehalten. Als vom Gemeindevorstand Dr. Schneider wegen mangelnder Begründung Vertagung der Angelegenheit beantragt wurde, erklärte der Gemeindevorstand, daß das vorgelagerte Material genügen müsse, da früher von der Gemeindevertretung beschlossene

Projekte, die viel mehr Mittel erforderten, auch nicht besser begründet worden seien. Treffend erwiderte Gemeindevorstandener Verger, daß es wohl auch selten eine Körperschaft gebe, die, wie die Friedenauer, des öfteren wichtige Beschlässe im Handumdrehen fasse und in der nächsten Sitzung wieder aufhebe. Trotzdem der Gemeindevorstand versuchte, die Sache zu verhandeln, wurde Vertagung beschlossene.

Der zweite Antrag des Gemeindevorstandes betraf wieder die heijmungsstrittenen Friedhofssache. Bekanntlich hatte der Regierungspräsident die Benutzung des hinter dem Gemeindefriedhof liegenden Geländes an der Laubacher Straße zu Friedhofszwecken nicht genehmigt. Auf Antrag unserer Genossen wurde damals gegen diesen Bescheid Beschwerde erhoben, die den Erfolg hatte, daß das Gelände mit einer kleinen Einschränkung zu Friedhofszwecken benutzt werden darf. Wer nun annahm, der Gemeindevorstand würde dem Willen der Gemeindevertretung Rechnung tragen und eine dementsprechende Vorlage unterbreiten, hatte sich sehr geäußert. Bürgermeister Walger erklärte, der Vorstand habe angenommen, daß die Gemeindevertretung als sie gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten Beschwerde einreichte, nur im Prinzip feststellen wollte, ob derselbe ein Recht habe, die Verwendung des Grundstücks zu Friedhofszwecken zu unterlagen. Da diese Frage nun im Sinne der Gemeinde erledigt sei, beantrage der Gemeindevorstand, auf dem Terrain die notwendige Gemeindefeldschule zu errichten, einen Teil als Freifläche zu Spielzwecken liegen zu lassen und einen ganz kleinen Teil zur Vergrößerung des Friedhofs zu verwenden. Dieser Antrag rief in der Versammlung heftigen Widerspruch hervor. Allgemein bekannt ist ja, daß der Gemeindevorstand die Absicht der Gemeindevertretung, dies Gelände zu Friedhofszwecken zu verwenden, mit allen möglichen Mitteln zu hintertreiben suchte. Genosse Richter ging den Herren vom Gemeindevorstand scharf zu Leibe. Er bezeichnete das Vorgehen der Herren unter dem Vorfall der Versammlung als eine fortgesetzte dreifache Verhöhnung des Rechtheitsbewusstseins der Gemeindevertretung. Er wies außerdem auf die Unsinnigkeit des Vorkabens hin, am äußersten Ende der Gemeinde eine Volksschule zu errichten. Die Freifläche habe man jetzt nur beantragt, um der Gemeindevertretung das Projekt schmachtig zu machen. Auch die werde später, wie man sagt, der Bebauung erschlossen werden müssen. An Gründen für solche Zwecke sei ja der Gemeindevorstand noch nie verlegen gewesen. Von bürgerlicher Seite traten insbesondere die Herren Verger und Dr. Schneider dem Antrage des Gemeindevorstandes entgegen, wobei es manchmal recht lebhaft zuging. Gemeindevorstand Allmann, dessen Wirken als Stadtmann bisher in vielen Fällen die Anerkennung unserer Genossen gefunden hat, glaubte sich berufen, unserem Genossen Richter Vorhaltungen über die Art seiner Polemik zu machen. Dies trug ihm eine gründliche Abfuhr von unserem Redner ein, der darauf hinwies, daß der Baurat als Sachverständiger und Angestellter der Gemeinde sich wohl gutachtlich zu einer Sache äußern könne, daß es im übrigen aber isakvoller wäre, wenn er sich eine gewisse Reserve auferlege. Nach einer annähernd vierstündigen Redeschlacht, die an komischen Zwischenfällen außerordentlich reich war, wurde ein Antrag des Gemeindevorstandes im Hinblick auf den Friedhofszwecken zu verwenden ist. Die Schule darf nur darauf errichtet werden, wenn sich im Orte sonst kein geeignetes Terrain dazu findet. Um ein derartiges Resultat haben sich nun die Herrschaften eine halbe Nacht herumgeschlagen! Mit Recht wies Gemeindevorstandener Verger darauf hin, daß nach diesem Beschluß der Gemeindevorstand im ganzen Orte kein geeignetes Grundstück für die Schule finden werde, auch wenn Friedenau nur zur Hälfte bebaut wäre.

Groß-Lichterfelde.

Die Erbauung der dritten Abteilung, östlicher Bezirk, ist auf Freitag, den 23. Oktober, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, in Hennings Festhallen festgesetzt.

Adlershof.

Ein Opfer großer Kofheit wurde am Sonntagabend der Wuchshalter Rindler. Als derselbe gegen 10 Uhr abends seine Braut nach Hause begleitete, begegnete dem Paare mehrere Wurdien, von denen der eine das junge Mädchen belästigte. Als sich A., der zunächst ruhig weiterging, endlich die Belästigung verbat, fiel der bereits vorbestrafte Weilskindl über ihn her und schlug A. mit einem Stock derart, daß er bestimmungslos liegen blieb. Auf die Hilferufe der Braut eilten Straßenpassanten herbei, während der Täter entfloh. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte fest, daß A. durch die Schläge auf den Kopf und das Gesicht lebensgefährlich verletzt sei und ordnete die sofortige Ueberführung in eine Berliner Klinik an. Der rohe Patron wurde noch am Sonntag verhaftet.

Sancti.

In der letzten Gemeindevorstandersitzung wurde an Stelle des verstorbenen Schöpfen Dillges der Gemeindevorstandener Generalkonjunkt Pein mit 12 von 15 abgegebenen Stimmen gewählt. Eine Polizeiverordnung über das Haltehindernissen fand Zustimmung. Genosse Radtke verlangte, daß zur Ueberwachung der Haltehindernisse Frauen aus dem nahebestehenden Kreise derselben bestellt werden. Der Gemeindevorstand erklärte, daß schon heute größtenteils Frauen zu derartigen Posten herangezogen würden, im übrigen seien hauptsächlich deren Kenntnisse in Gesundheitsfragen maßgebend.

Ein Dringlichkeitsantrag zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung wurde vom Genossen Radtke begründet. Da durch die bestehenden Zollgesetze und Grenzsperrn die Maßnahmen der Gemeinden sehr beschränkt sind, so verlangte er, eine Eingabe an Reichstag und Regierung zu richten und Aufhebung derselben zu fordern. Von der Gemeinde verlangte er, daß sie gleich anderen Gemeinden Mittel zur Verfügung stelle und Lebensmittel, insbesondere Fleisch beschaffe, um dieses an die Bevölkerung zu angemessenen Preisen abzugeben. Weiter rügte Genosse Radtke bei dieser Gelegenheit das rigorose Vorgehen der Gemeindeverwaltung gegen die Laubensbesitzer, welchen das Halten von Vieh, sogar von einigen Kaminchen verboten wird. Im Gegensatz hierzu erwähnte er das Verhalten Schönebergs, das die Kaminchenzucht unterstügt. Als er von einer „Säblianerung der Laubensbesitzer“ sprach, zog er sich einen Ordnungsruf zu. Dem Gemeindevorstand gegenüber vor allem der politische Teil des Antrages nicht, er ersuchte, den Antrag abzulehnen und die Maßnahmen von Berlin abzuwarten, denen man sich dann anschließen will. Im übrigen appellierte er an die vielen bestehenden Vereine, welche doch durch den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebensmitteln die Preise mildern könnten. Letzteres wurde vom Gemeindevorstandener Teurig zurückgewiesen, der betonte, daß es vor allen Dingen Pflicht der Gemeinde sei, hier einzugreifen. Der Antrag Radtke wurde mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt und der Vorschlag des Gemeindevorstandes angenommen. Hoffentlich lassen die Maßnahmen nicht mehr lange auf sich warten.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der Tausch eines Grundstücks in Vorkholz zur Errichtung einer besseren Verbindung mit dem Gutshofe beschlossene, ebenso die Erwerbung eines Straßenlandgrundstücks an der Berliner Allee. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurde der Rechtsanwalt Weinberg gewählt. Die Wahl des Aesford Dr. Köchel ist nicht bestätigt worden, weil derselbe das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Der Besitzer des Grundstücks Berliner Allee, Ede Vastenbergger Straße, Herr Reuenfeld, hat die Gemeinde verklagt, weil die Gemeinde vor seinem Hause an Stelle des Vorgartens Rasenstreifen angelegt hat. Die Vertretung beschloß, sich auf die Klage einzulassen. Ein Beschlagshändler hat gegen die Gemeinde Schadenersatzklage angestrengt, weil er mit Pferd und Wagen in einen Kanalisationskanal in der Röhdestraße geraten ist. In der geheimen Sitzung wurde zur Vergrößerung des Friedhofsgeländes in Hohenschönhausen ein weiteres Gelände von 12 Morgen angekauft. In der Straße R wurden mehrere Parzellen zur Bebauung verkauft. Die alte Fraktion war wie immer gegen diese Verkäufe und verlangte namentliche Abstimmung. Dieser An-

trag fand nicht genügende Unterstützung. Herr Fehner verzichtete diesmal auf seine Rede, die er, wie er selbst sagte, schon fünfmal gehalten habe. Der Feuerungsantrag unserer Genossen soll erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen, da man immer noch die weiteren Maßnahmen Groß-Berlins abwarten will.

Eine Privatbeamtenversammlung, veranstaltet von der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, findet am Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von W. Freng, Berliner Allee 256, statt. Der Kollege Falkenstein spricht über das Thema: „Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Privatbeamtenversicherung im Kreise Niederbarnim“. Alle Angestellten, insbesondere die weiblichen, sind zu dieser Versammlung eingeladen; es gilt, mit den Segnern vom „Hauptausflug“ abzuzurechnen.

Wahlsdorf an der Dsibahn.

Aus der Gemeindevorstandersitzung. Zunächst gelangte die als Punkt 13 angelegte Interpellation Giese und Genossen bezüglich der Feuerung zur Beratung. Genosse Dertel unterzog das Verhalten der Regierung zur Kotlage des Volkes einer vernichtenden Kritik. Am Schlusse seiner wirkungslosen Ausführungen bot er, den Antrag, eine Eingabe an die Regierung zu richten, einstimmig anzunehmen. Nachdem der Gemeindevorstand sich zustimmend geäußert und Herr Klein die Wirkung einer solchen Eingabe bezweifelt hatte, wurde der Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Der Verpachtung der Angelfischer auf dem Körnersee auf die Dauer von fünf Jahren wurde zugestimmt. Bei der Verweisung der Mittel zur Verpachtung zweier Plätze meinte Herr Haase, daß das Geld dafür weggeworfen sei, da die Gegend noch nicht bebaut sei. Er wurde aber von unseren Genossen mit der Begründung abgewiesen, daß die Bäume doch vorher gepflanzt werden müßten, wenn diese nachher ihren Zweck erfüllen sollten. Auf Antrag des Genossen Dertel wurde die Sache der Straßenausschusskommission überwiesen und 500 M. für den Platz 19 ausgelegt. Um den Wohnungsbau im Mittelpunkt Wahlsdorfs mehr zu fördern, wurde beschlossene, bis zum 31. März 1914 innerhalb der gezogenen Grenze das Bauen auch an ungepflasterter Straße zuzulassen. Der Punkt, die Erhebung Wahlsdorfs zum Amtsbezirk, wurde von den bürgerlichen scharf bekämpft, nicht nur wegen der hohen Kosten, als auch wegen der Person des neuen Amtsvorstehers. Als Herr Schilling in seinem Eifer das Gehalt des Amtsbieners einen Hungerlohn nannte, meinte der Gemeindevorstandener, es sei eine Inkonsequenz, das Gehalt des Amtsbieners einen Hungerlohn zu nennen, während beim Gehalt des Gemeindebieners, das ebensoviel beträgt, Herr Schilling gern etwas abgerichtet hätte. Unsere Genossen betonten, daß für uns nicht persönliche, sondern Allgemeininteressen in Frage kämen und da sei es zu wünschen, daß Wahlsdorf Amtsbezirk wird, damit es die Gemeindeangehörigen nicht nötig haben, oft mehrmals vergeblich nach Kaulsdorf zu laufen. Auch an der Person des neuen Amtsvorstehers, jetzigen Gemeindevorstehers, hätten sie nichts auszuwenden, nur solle er mehr darauf achten, daß die ihm unterstellten Beamten etwas höflicher mit dem Publikum verfahren. Nachdem der Vorsitzende betonte, daß es selbstverständlich sein Wille sei, daß die Beamten das Publikum anständig behandeln, wurde der Errichtung des Amtsbezirks im Prinzip zugestimmt und die Spezialdiskussion hierüber auf die nächste Sitzung vertagt.

Sergelsbe.

Die am 13. März d. J. erfolgte Wahl des Landwirts Otto Budnek und des Privatiers Hermann Wehmeier zur zweiten Abteilung der Gemeindevertretung, die, wie wir seinerzeit mitteilten, von der Gemeindevertretung auf Einpruch des Amtsvorstehers Wehne und des Bauunternehmers Schönebeck hin für ungültig erklärt wurde, ist nachdem Budnek und Wehmeier gegen den Beschluß Klage im Verwaltungsstreitverfahren angehängt hatten, vom Kreis-ausschuss des Kreises Niederbarnim in seiner letzten Sitzung für gültig erklärt worden. Die Kosten hat unter Festsetzung des Streitwertes auf 3000 M. die belagte Gemeindevertretung zu tragen. Somit ist die Arbeit gewisser Herren, an Stelle der bisherigen reaktionären Vertreter, die neugewählten linksstehenden bürgerlichen um keinen Preis in die Gemeindevertretung einzuziehen zu lassen, zu nichte geworden.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte den Plantagenbesitzer Ranz mit vierzehn Stimmen als Kassierern. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde der Genosse Salzmann in Vorschlag gebracht, der sieben Stimmen erhielt. Dem Antrage, der Feuerungs-kommission 1000 M. zur Beschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen, sowie den im städtischen Gebäude Königsstraße befindlichen Laden als täglichen Verkaufsort zu überlassen, wurde ohne Widerspruch zugestimmt. Es wird sonach im Laufe dieser Woche mit dem Verkauf von Kartoffeln, Seefischen, Hälftenfrätschen usw. begonnen und durch Annonce ein Verkäufer gesucht werden. Der Dezerent der Feuerungskommission soll sich zur Beschaffung von Fleisch mit der Stadt Berlin in Verbindung setzen. Eine längere Diskussion rief die Anfrage des Genossen Helbig über die Abrechnung der Justizspiele und darüber, ob die Spiele weiter aufgeführt werden und was mit der Tribüne geschehen soll, hervor. Der Bürgermeister als Vorsitzender des Spiel-ausschusses erwiderte, daß eine halbjährige Abrechnung erfolgen werde, die Spiele würden nicht mehr weiter aufgeführt. Die Tribüne solle so bald als möglich veräußert und entfernt werden. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich in demselben Sinne aus. Dr. Wieners als Mitglied des Spielkomitees meinte, daß die Stadt das Bestreben haben dürfe, außer den zum Weiterpielen bereits bewilligten 10000 M. noch weitere 10000 bis 12000 Mark Zuschuß zu leisten. Die Steuerzahler können sich hierfür bei den bürgerlichen Stadtverordneten bedanken. Unsere Genossen hatten sich von vornherein entschieden gegen die Aufführung der Spiele auf Kosten der Stadt gewendet.

Spandau.

Polizei und Freie Turnerschaft. Am 22. September d. J. drangen, wie noch erinnert sein dürfte, abends um 9 1/2 Uhr, die beiden Kriminalbeamten Melchers und Kiefer in das Vorkordische Lokal und verhafteten die dort anwesenden 16 Turner. Trotzdem das Lokal vorn noch auf war, stiegen die Beamten von hinten über mehrere Bäume und rissen einen zum Teil nieder, außerdem wurde ein Weinspazier des Wirtes von den Polizeibeamten zum Teil niedergetrampelt. Beim Eindringen in den Saal zertrümmerten die Ordnungshüter dann noch eine Fensterscheibe. Unter Begleitung eines Polizeihundes wurden hierauf die Turner zur Wache gebracht und nach Feststellung ihrer Personalien um 11 Uhr wieder entlassen. Alles dieses geschah, um festzustellen, ob an junge Leute unter achtzehn Jahre Turnerunterricht erteilt würde. Unter den Sittierten befand sich aber keiner unter 18 Jahren. Die so Verhandelten liehen durch Genossen Liebknecht gegen die beiden Sicherheitsbeamten beim Ersten Staatsanwalt des Landgerichts III Klage wegen Hausfriedensbruchs, Freiheitsberaubung im Amte und Sachbeschädigung erheben. Der Erste Staatsanwalt lehnte die Anträge auf Anklageerhebung mit folgender Begründung ab:

„Ich muß es nach Abschluß der wieder aufgenommenen Ermittlungen erneut ablehnen, gegen die Polizeibeamten Melchers und Kiefer wegen Hausfriedensbruchs, Freiheitsberaubung im Amte und Sachbeschädigung Klage zu erheben. Der Beschuldigte Kiefer bleibt dabei, daß er sich auf Grund des Auftrages seines Vorgesetzten, darauf zu achten, ob etwa in der Freien Turnerschaft verbotswidrig an junge Leute unter 18 Jahren ohne Erlaubnis der Ortsschulbehörde Turnerunterricht erteilt werde, für berechtigt gehalten habe, das Vereinslokal zu betreten. Melchers will zur Unterstützung seines jüngeren Kameraden freiwillig mitgegangen sein. Da es auf die Feststellung ankam, ob einer der

In der Versammlung Antworfenden jünger als 18 Jahre alt war, und da keiner von ihnen nach Ansicht der Beamten einen genügend sicheren Nachweis hinsichtlich seines Alters führen konnte, haben sich die Beschuldigten veranlaßt, eine Anzahl der Antworfenden zwecks genauer Feststellung ihrer Personalleistungen auf die Waage mitzunehmen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß das Vorgehen der Beschuldigten durchaus nicht in allen Punkten völlig einwandfrei war und daß sich die von ihnen beabsichtigten Feststellungen wohl auch in anderer Weise, ohne erhebliche Beeinträchtigung der Beteiligten, hätten treffen lassen. Aus diesem Grunde sind sie auch von ihrer vorgelegten Behörde disziplinarisch bestraft worden. Daß ihnen aber das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise innegewohnt habe, ist nicht nachzuweisen, vielmehr erscheint nach Lage der Sache die Annahme gerechtfertigt, daß sie sich in ihrem Uebereifer zwar zu einem allzu energischen Vorgehen haben bestimmen lassen, aber dabei doch in gutem Glauben befunden haben innerhalb der ihnen zustehenden Befugnisse zu bleiben.

Der Strafantrag wegen Sachbeschädigung ist nicht rechtzeitig gestellt, ganz abgesehen davon, daß Sie eine Vollmacht des geschädigten Gastwirts zur Stellung eines solchen Antrages nicht beigebbracht haben.

Auf die erhobene Beschwerde gegen diesen Bescheid bei dem Oberstaatsanwalt des Kammergerichts ist von diesem jetzt folgender Entscheid. eingetroffen.

Ihre Beschwerde gegen die Verfügung des Herrn Ersten Staatsanwalts vermag ich nach Einsicht der Akten nicht für begründet zu erachten.

Die der Erste Staatsanwalt bei der Einstellung des Verfahrens zutreffend angenommen hat, haben die angeführten Ermittlungen keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Beschuldigten bei ihrem Vorgehen sich der Rechtswidrigkeit ihres Handelns bewußt gewesen sind.

Der Bezirk Ronnenbaum hatte am Sonntagmittag 11 1/2 Uhr in dem größten Lokal von Lange, Reisostr. 20, das uns jetzt auch zur Verfügung steht, die erste öffentliche Versammlung einberufen. Reichstagsabg. Peus referierte über das Thema: „Der Kampf gegen die Teuerung und den Hunger, und wie können die Genossenschaften helfend eingreifen?“ Trotz der ungünstigen Zeit der Einberufung war die Versammlung sehr gut besucht. Der Redner fand starken Beifall.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Die wenig soziales Empfinden die bürgerlichen Vertreter unseres Gemeindeparlamentes besitzen, bewies deren Verhalten bei Beratung des von unseren Genossen gestellten Antrages, an Bundesrat und Reichstag eine Petition zu richten, in der durchgreifende Maßnahmen gegen die herrschende Teuerung gefordert werden. Weil der Tisch der bürgerlichen Vertreter selbst in der Zeit der Teuerung immer noch nicht schlecht gedeckt zu sein scheint, lehnten sie die Abfendung einer solchen Petition mit 14 gegen 7 Stimmen ab. Nicht so verblendet waren die Herren, als vor einiger Zeit der hiesige Pfarrer den Antrag auf Errichtung eines Pfarrhauses stellte. Damals setzten sie alle Hebel in Bewegung um den Bau des Pfarrhauses, der an ihren Geldsack erhebliche Anforderungen hätte stellen können, zu verhindern. Unsere Genossen stimmten natürlich auch dagegen, aber aus anderen Gründen wie die bürgerlichen Herren.

Die letzteren wußten, daß wenn der Pfarrhausbau perfekt geworden wäre, eine ganze Anzahl Einwohner der Kirche den Rücken gefehet hätten, sodas die Herren den Rest der Kirchensteuern hätten allein tragen müssen.

Verband der Feinschneidenden Deutschlands (Zweigverein Berlin und Vorort.) Versammlung am 10. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaller Straße 11/12: Vortrag.

Eingegangene Druckschriften.

Der Verband der Steinseher, Plasterer und Berufsgenossen Deutschlands in den Jahren 1910/11. Für Nichtmitglied 1,50 M. Selbstverlag in Berlin, Bielefeldstr. 17.

Adolf Glasbrenner. Ein Beitrag zur Geschichte des „Jungen Deutschlands“ und der Berliner Lokalbildung von Dr. Robert Rodenbauer. Preis geb. 5 M., brosch. 4 M. Verlagsbuchhandlung Rag Harrow, Nikolajsee.

Marktbericht von Berlin am 7. Oktober 1912, nach Ermittlung des Königl. Viehpreispräsidiums. Markthallenpreise. (Reinbunde) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linen 35,00—50,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauernfleisch 1,60—1,90. Schmeinsfleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Kote 1,80—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Schleie 0,80—1,60. 60 Stück Aepfel 1,00—3,00.

Ein Griff — Ein Bett
Fürst Bülow



Chaiselonguebetten mit herausklappbarem Metallbett und großem Bettraum.

Haben Sie Raummangel in Ihrer neuen Wohnung
oder erfordert die Neueinrichtung die Aufstellung von **am Tage unsichtbaren Betten**
in Verbindung mit einem Sofa, Chaiselongue, Fauteuil, Schrank etc., so lassen Sie sich umgehend unseren **100 seitigen „Schlafa patent“-Katalog Nr. 198** kommen. Sie finden darin eine überraschende Auswahl an Vorschlägen zur Bekämpfung des Raummangels. Jedes Zimmer ist in 1 Minute in ein behagliches Schlafzimmer verwandelt. Durch über 100 000 Lieferungen seit fast 30 Jahren bewährt.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik Berlin, Markgrafenstraße 20 München, Dienenstraße 6



Verkaufsstellen in allen größeren Städten, die auf Wunsch angegeben werden.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 9. Oktober 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Hausbesitzer.
Kgl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.

Deutsches. Totentanz.
Königgrätzer Straße. Herodes und Mariamne.

Gitarre Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Gitarre Busch. Gala-Vorstellung.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Fuß Mitterhorn.

Kroff. Gießhahnen.
Festung. Einmalige Menschen.

Kammerspiele. Wein Freund Toddy.
Deutsches Schauspielhaus. Gemont.

Schiller O. Die Jüdin von Toledo.
Schauspielhaus Charlottenburg. Flachs-

mann als Erzieher.
Berliner. Große Rosinen.

Kleines. Der Unerschrockene. Der Arzt seiner Ehre. Volkshaus. Geburtstag.

Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Theater am Nollendorfplatz. Orpheus in der Unterwelt.

Kurfürsten-Oper. Der Aufreißer.
Montis Operetten. Goldener Leich-

sin.
Komödienhaus. Die Jaria.

Luisen. Die gelbe Gefahr.
Hofe. Sommernachtsstraum.

Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Ein tolles Atelier.

Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Trianon. Liebesbarometer.
Gaiuso. Der Großhändler.

Wintergarten. Spezialitäten.
Nyoko. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.

Die deutsche Entfaltung.
Festschauspielhaus. Wein aller Herr.

Solles Caprice. Der deutsche Joseph. Der Heilbold.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Kenes Volks-theater. Die Doppel-

gängerkomödie.
Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Eiballett: Noone.
Sternwarte. Invalide. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:

Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 7 1/2 Uhr:

Herodes und Mariamne.

Deutsches Schauspielhaus
(Römische Oper).
Abends 8 Uhr: **Egmont.**

Theater am Nollendorfplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Wahlspiel des

Münchener Künstler-Theaters:
Orpheus in der Unterwelt.

Schiller-Theater O. Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die Jüdin von Toledo.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Talisman.

Freitag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:

Flachsman als Erzieher.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.

Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
König Lear.

Residenz-Theater.
8 Uhr:

Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 5 Akten von Renoul und Barré.

Sonnabend, den 12. Oktober, zum ersten Male: **Gewürsmenschen.**

Luisen-Theater.
Mittwoch: Die gelbe Gefahr.

Donnerstag: Die Melancholische.
Freitag (unwiderruflich letzte Aufführung):

Ich lasse Dich nicht.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-

vorstellung: **Zwerg Nase.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.

Abends 8 Uhr:
Ein Sommernachtsstraum.

Romödie in 5 Akten von Shakespeare.
Donnerstag: **Papageno.**

Passage-Panoptikum

RAPPO

der größte Entfesselungs-

künstler der Zeit.
Der Mann mit dem

eisernen Schlund!
die anatom. Unmöglichkeit.

Lebend! Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr

Gastspiel der sieben Spasmacher

Schaffner

Passage halten!!!

„Da tut sich was.“

Große Metropolparodie-Revue
Jean Pedro, Fratz Masslevy,
Laatsch Messing, Papi Pepipi,
Kohn Erzbishop, Luido Quetscher.
Pfeifen überall gestattet!

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute! **Großes Doppel-Konzert.** Heute!

Musik. II. Garde-Regts. z. F. Dirigent: Oberm. Graf.

Musik. Königin-Elisabeth-Regts. Dirigent: Oberm. Brinkmann.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachm.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. — Größter Konzertsaal Berlins.

Heute Mittwoch!!! **Kunst-Abend!**

Gastspiel des
Berl. Konzerthaus-Orchesters (Clou), Frz. v. Blon,
Laura Friedmann, kgl. sechs. Kammerängerin,
sowie der Mitgl. des Berliner Philharmon. Orchesters

Leberecht Gudecke, Franz Veit, Franz Wittge,
Kontrabaß-Virtuose Violine Klavier.

Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf., reserv. 1 M.
Morgen: Translateur: Neuester Operetten-Abend.

Urania
Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: **Aufs Mitterhorn.**

Das Programm der natur-

wissenschaftlichen Hörsaalvor-

träge im 4. Quartal 1912 ist er-

schiene u. kostenlos erhältlich.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Wilh. Berndt:

Das soziale Problem bei niederen Lebensformen.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: **Rauschen gestillt.**

Chauffeur — ins Metropol!!

Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von A. Freund,
Rust u. Rud. Nelson. Länge arrang.
von Ed. Bishop. In Szene gesetzt
vom Direktor H. Schult.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winter-

saison. Gr. Orchester:
Dirig.: R. Schrader.

Die Nacht der Töne.

Burleske v. Reysel.
Anf. 8 Uhr.

UT

Union-Theater

Nur noch 3 Tage:
„Die Kinder des Generals“
Schauspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst“.

Zirkus

A. Schumann
Heute Mittwoch, d. 9. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr:
Das neueste und größte Aus-

stattungstück der Gegenwart.
Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Vier Bilder aus Indien.
1. Der Ausgestoßene. 2. Der Yogi

im heiligen Dschungel. 3. Das Opfer
der Kal. 4. Das Fest des Maharad-

schah sowie der Brand d. Palastes.
Noch nie dagewesener Effekt!

Feuer-Fontaine.
Die beste ind. Schlangentanz.

Mit Sura Voodoo.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, d. 9. Oktober

abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.

HOUDINI!
das Tagesgespräch von Berlin!

Das Kriegsluftschiff d. Zukunft.
(Ingenieur H. Bohle).

Zum **Unter Gorillas.**

Pantom.-Burleske in 4 Bildern.
Besonders hervorzuheben:

Der Waldbrand.
Das große Schlangentanz.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.

Mittwoch, den 8. Oktober 1912:
Der Fehltritt einer Frau.

Romödie in 4 Akten von Neffinger.
Kostümenöffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Zum 39. Male

Die drei Schlager:
Der deutsche Joseph.
Der Rebhuhn.
Der Giebrecher.

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. K. Richter.

Heute Mittwoch:
Paul

Mantheys
lustige

Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Nachdem **Freitag.**
— Vorzugskarten gelten. —

Jeden Donnerstag:
Gr. Militär-Streich-Konzert

anlässlich Familienkränzchen.

Apollo
Theater

Ab 8 Uhr
Nie dagewesener Erfolg!

Lucy König, Wiener Soubrette.
M. Juanilla, Tanz-Igylle.
Sensationeller Lacherfolg!

Bernhard Morbitz
als Ehepaar Pietsch

und 8 weitere Attraktionen.

Admiralpalast
am Bahnhof Friedrichstraße.

Eispalast.
Einzig in der Welt mit seinen

prunkvollen Eishalleten.
Heute
2 Vorstellungen 2

nachmittags und abends
das sensationelle Eishallett
„Yvonne“

100 Mitwirkende. Fabelhafte
Ansetzung!

Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Rang!
Wein- und Bier-Abteilung.

Gesellschaftshaus des Westens
SCHÖNEBERG
Hauptstrasse 30—31

Hochelegante Räume für Hochzeiten, Säle für Versammlungen, Bälle, Privat- und Vereins-Festlichkeiten

Tagesrestaurant mit vorzügl. Küche
Sechs Verbands-Kegelbahnen mit gemütlichen Kegelstuben

Großes Militär-Konzert mit nachfolgendem Familienkränzchen.

OTTO MÖLTER
Sonntag, 13. Oktober:

Soziales.

Das neue schweizerische Fabrikgesetz.

Nach Mitteilung der „Garner Nachrichten“ sind in dem nun in der Vorbereitung erledigten Entwurfs u. a. folgende Vorschriften enthalten: 1. Als Fabrik, auf die das Gesetz anwendbar ist, gilt jede industrielle Anstalt, in der eine Mehrzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnräume beschäftigt ist. ...

Von besonderer Bedeutung ist die Einführung des Zehn-Stundentages, mit der die Schweiz wieder an die Spitze auf einem Hauptgebiete des Arbeiterschutzes tritt, nachdem sie 1877 mit Einführung der elfstündigen Arbeitszeit vorangegangen ist. ...

„Vollfürsorge“.

Die Zeitung der „Vollfürsorge“ erucht uns, bekannt zu geben, daß, so lange eine Konzessionierung der „Vollfürsorge“ nicht erfolgt ist, weitere Anstellungen von Personal weder für den Innern noch für den Außendienst erfolgen können und es deshalb auch zwecklos ist, Bewerbungsschreiben an die „Vollfürsorge“ wegen Anstellungen zu richten. ...

Ebenso wenig sei die „Vollfürsorge“ zurzeit in der Lage, über ihre Tarife und Versicherungsbedingungen, so lange dieselben nicht vom kaiserlichen Aufgabensamt genehmigt sind, näheres mitzuteilen. ...

Obstrie als Unfallfolge.

Im Gegensatz zu einer Reihe falscher Urteile auf dem Gebiet der Unfallversicherung hat das Reichsgericht kürzlich an den von unparteiischen Sachverständigen oft bekantem Ansätze festgestellt, daß die Arbeitsunlust infolge eines Unfalls hysterisch oder neurasthenisch Gewordener keine Simulation ist, sondern eine Folge des Unfalls. ...

Zwei Kassenboten der Leipziger Depotbahn waren die Prozeßpartei. Am ersten August 1908 war der Kläger in einem großen Kassenraum mit dem Ordnen von Briefen beschäftigt und hatte dabei den Kopf etwas nach vorn gebeugt. ...

Das Landgericht Leipzig billigte den Anspruch des Klägers zur Hälfte. Dagegen hat das Oberlandesgericht Dresden die Forderungen des Klägers auf Zahlung von 1000 M. Schmerzensgeld und jährlichen Rentenbeträgen von zunächst 700 M. und später 800 M. in vollem Umfange anerkannt. ...

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden bestätigt. In den Gründen erwähnt es, daß ein Verschulden des Klägers durch die Feststellungen des Oberlandesgerichts erwiesen ist. ...

Gerichts-Zeitung.

Die gewonnenen, so zerronnen.

Ein recht einträgliches Liebesverhältnis zu einem 70jährigen Millionär hat die jetzige Privatierin Elviret Goede aus Charlottenburg unterhalten, gegen die das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Godel eine Anklage wegen wissentlichen Meineides, fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu verhandeln hatte. ...

Die jetzt 31jährige Angeklagte machte auf der Strafe die Bekanntheit eines „besseren älteren Herrn“, der sich, trotzdem er längst die 60 überschritten hatte, noch jodelnd jugendliches Feuer bewahrt hatte, daß er die damals noch jugendlich schlank und hübsche Angeklagte nach einem Seilsouper zu sich in seine Wohnung lud. ...

Als immer wieder neue Wechsel auftauchten und schließlich die ganz respektable Summe von 100 000 M. überschritten wurde, wurde es dem alten Herrn doch zu bunt. Er erstattete endlich Strafanzeige. Im Laufe des Verfahrens stellte es sich heraus, daß die G. auch einen platten Meineid geleistet hatte. ...

Ein Notar vor Gericht.

12 500 M. an Wechselstempelbeträgen unterschlagen hat der Notar König in Sonnes a. Rhein. Er hat ein Jahr lang in Untersuchungshaft gesessen und stand jetzt vor der Strafkammer in Bonn. Der Sachverständige, Justizrat Weyer, erklärte, er habe noch nie eine so nachlässige, mangelhafte Geschäftsführung gesehen wie bei dem Angeklagten; vor vier Jahren, in der Sitzung des Rheinischen Notarvereins, hätten alle Teilnehmer den Eindruck gewonnen, daß Notar König geistig nicht normal sei, und man habe sich gewundert, wie man einem solchen Manne das Notariat in Sonnes habe anvertrauen können. ...

Das Gericht sprach auf Grund dieser Gutachten den Angeklagten frei.

Ungültige Polizeiverordnung über Fortbildungskurse von Hebammen.

Der Regierungspräsident zu Merseburg hat am 3. Oktober 1884 eine am 11. März 1909 ergänzte Polizeiverordnung erlassen, welche diejenigen Hebammen mit Strafe bedroht, die sich nicht an den Hebammen-Fortbildungskursus beteiligen, zu denen sie durch die Aufsichtsbehörde dirigiert werden. ...

Wegen Uebertretung der Polizeiverordnung waren eine Anzahl Hebammen aus Halle a. S. (Meppin, Langes und Gen.) angeklagt worden. Die Aufsichtsbehörde hatte ihnen durch Vermittelung der Polizeiverwaltung aufgeben lassen, sich an einem Nachlehrcursus (Fortbildungskursus) zu beteiligen, der in der königlichen Universität in der dortigen Frauenklinik stattfinden sollte. ...

Das Landgericht in Halle a. S. sprach die Angeklagten frei. Die Verordnung des Regierungspräsidenten erachtete das Landgericht allerdings für gültig. In dessen sei bei Einberufung der Angeklagten zu Unrecht der § 75 der Einleitung zum Allgemeinen Landrecht, der noch gelte, außer Acht gelassen worden. ...

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung:

Der Senat habe die Gültigkeit der Verordnung des Regierungspräsidenten, die das Nichterlernen der Hebammen zu den Fortbildungskursen unter Strafe stelle, nachgeprüft. Er sei der Meinung, daß sie dem Reichsrecht (Genehmigung) nicht widerspreche. Dagegen sei die Verordnung, nicht haltbar, weil sie den Rahmen des Polizeiverordnungsrechts überschreite. ...

Mansfelder Lehrmeister-Kultur.

In dem Städtischen Gerichte in „reicheren“ Mansfelder Kreis: führte der Gärtnereibesitzer Körber seinen Lehrlingen und Dienstmädchen gegenüber ein recht brutales Regimen, das vor der Strafkammer in Halle in einer sechsständigen Verhandlung aufgerollt wurde und recht mysteriöse Bilder zeigte. ...

Verwaltungsstreitverfahren wegen Schulgelde?

Zehn Lehrer aus Sangerhausen, deren Kinder die gehobene Knaben- und Mädchenschule besuchten und die deshalb zu Schulgeld herangezogen worden waren, klagten gegen den Magistrat von Sangerhausen auf Freistellung von dem Schulgeld im Verwaltungsstreitverfahren. ...

Das Oberverwaltungsgericht, bei dem die Kläger Revision einlegten, verhandelte dieser Tage über die Vorfrage, ob hier das Verwaltungsstreitverfahren überhaupt zulässig sei. Der 2. Senat hatte zuletzt den Standpunkt vertreten, daß Schulgelde keine öffentlich-rechtliche Gebühren im Sinne des § 4 des preussischen Kommunalabgabengesetzes seien und das Verwaltungsstreitverfahren darum unzulässig wäre. ...

In der jetzigen Verhandlung vor dem 8. Senat trat ein Ministerialkommissar entgegen der Auffassung des 2. Senats dafür ein, daß Schulgelde als öffentlich-rechtliche Gebühren zu gelten hätten, so daß das Verwaltungsstreitverfahren zulässig wäre. ...

Nach längerer Beratung beschloß nun der 8. Senat, über die strittige Frage eine Entscheidung des Plenums des Oberverwaltungsgerichts herbeizuführen. Eine solche Entscheidung ist erforderlich, wenn in einer Rechtsfrage ein Senat des Oberverwaltungsgerichts von der Judikatur eines anderen Senats abweichen will. ...

Aus der Frauenbewegung.

Städtische Logierhäuser für Frauen.

Fast in jeder englischen Stadt gibt es eine Anzahl von Logierhäusern für männliche Arbeiter. Weit werden sie von Privaten betrieben, doch oft haben die Stadterverwaltungen ein Hebriges getan und städtische Logierhäuser errichtet, die den Mietern auch allerlei moderne Bequemlichkeiten bieten, wie Wäder, elektrisches Licht und dergleichen. ...

Einige englische Städte haben bereits Versuche auf diesem Gebiete gemacht. Glasgow war die erste Stadt. Sie eröffnete 1872 ein städtisches Logierhaus für 125 Frauen. Es ist inzwischen zweimal vergrößert worden und nimmt jetzt 248 Frauen auf. ...

In Deutschland ist — so viel wir wissen — auf diesem wichtigen Gebiete von Gemeindevorgen noch nichts geschehen. Das Schlafstücken aber, auf das ungezählte Arbeiterinnen ohne eigenes Heim angewiesen sind, ist von allen modernen Wohnungsgarten die elendeste, weil es allen Gefährdungen der Gesundheit und Sittlichkeit in dem Zusammenbrängen vieler Menschen auf engem Raum geradezu Vorschub leistet. ...

Lesende.

Mariendorfer Morgen, Donnerstag, bei Paul, Königsstr. 14. Vortrag der Genossin Stedel-Neufuß.

